

J. Germ.

3227.

Scheurl.
Die Annahme an Kindesstatt nach
d. R. G.

4
S. germ
~~143 ft~~
3227

Scheurl

Die Annahme an Kindesstatt

nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.



Inaugural-Dissertation

von

Dr. jur. Eberhard Frhr. v. Scheurl,
Rechtspraktikant.



Nürnberg.

Gedruckt bei U. E. Sebold.

1897.



Die Annahme an Kindesstatt

nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Inaugural-Dissertation

der

juristischen Fakultät

der

Friedrich - Alexanders - Universität zu Erlangen

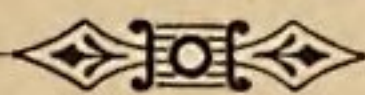
vorgelegt von

Eberhard Frhr. v. Scheurl,

Rechtspraktikant

aus Ludwigsburg.

Approbiert am 25. Oktober 1897.



Nürnberg.

Gedruckt bei U. E. Sebold.

1897.



Dem Andenken

meines Grossvaters

Dr. Adolf Frhr. v. Scheurl

gewidmet.

Dr. A. A. A. A.

Dr. A. A. A. A.

Dr. A. A. A. A.

Dr. A. A. A. A.

Dr. A. A. A. A.

Inhalts - Uebersicht.

Die Annahme an Kindesstatt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

	Seite
§ 1. Einleitung	1
I. Die Voraussetzungen.	
§ 2. 1) Der Annahmevertrag.	7
§ 3. 2) Die Erfordernisse auf der Seite des Annehmenden.	18
§ 4. 3) Die Einwilligung Dritter	30
§ 5. 4) Die gerichtliche Bestätigung	37
§ 6. 5) Mängel in den Voraussetzungen.	43
II. Die Wirkungen.	
§ 7. 1) Die Wirkungen auf die Vertragsteile	45
§ 8. 2) Die Wirkungen auf gewisse dritte Personen	60
§ 9. 3) Die vertragsmäßige Beschränkung der Wirkungen	67
III. Die Aufhebung.	
§ 10. 1) Die Aufhebung durch Vertrag	71
§ 11. 2) Die Aufhebung durch Eheschließung	74
§ 12. 3) Die Wirkungen der Aufhebung	77

Infants' Hospital

The Annual Report of the Infants' Hospital, 1881

1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
10	12	15	18	20	22	25	28	30	32	35	38	40	42	45	48	50	52	55	58
60	62	65	68	70	72	75	78	80	82	85	88	90	92	95	98	100	102	105	108
110	112	115	118	120	122	125	128	130	132	135	138	140	142	145	148	150	152	155	158
160	162	165	168	170	172	175	178	180	182	185	188	190	192	195	198	200	202	205	208
210	212	215	218	220	222	225	228	230	232	235	238	240	242	245	248	250	252	255	258
260	262	265	268	270	272	275	278	280	282	285	288	290	292	295	298	300	302	305	308
310	312	315	318	320	322	325	328	330	332	335	338	340	342	345	348	350	352	355	358
360	362	365	368	370	372	375	378	380	382	385	388	390	392	395	398	400	402	405	408
410	412	415	418	420	422	425	428	430	432	435	438	440	442	445	448	450	452	455	458
460	462	465	468	470	472	475	478	480	482	485	488	490	492	495	498	500	502	505	508
510	512	515	518	520	522	525	528	530	532	535	538	540	542	545	548	550	552	555	558
560	562	565	568	570	572	575	578	580	582	585	588	590	592	595	598	600	602	605	608
610	612	615	618	620	622	625	628	630	632	635	638	640	642	645	648	650	652	655	658
660	662	665	668	670	672	675	678	680	682	685	688	690	692	695	698	700	702	705	708
710	712	715	718	720	722	725	728	730	732	735	738	740	742	745	748	750	752	755	758
760	762	765	768	770	772	775	778	780	782	785	788	790	792	795	798	800	802	805	808
810	812	815	818	820	822	825	828	830	832	835	838	840	842	845	848	850	852	855	858
860	862	865	868	870	872	875	878	880	882	885	888	890	892	895	898	900	902	905	908
910	912	915	918	920	922	925	928	930	932	935	938	940	942	945	948	950	952	955	958
960	962	965	968	970	972	975	978	980	982	985	988	990	992	995	998	1000	1002	1005	1008

Literatur - Verzeichnis.

- 1) Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich. Erste Lesung. 1888. (Entwurf I.) Einführungs - Gesetz. (E. - G.)
- 2) Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich, Band IV. Familienrecht. 1888. (Cit.: Mot.) Motive zum Einführungsgesetz.
- 3) Die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich unter Gegenüberstellung der ersten Lesung; von Justizrat Dr. Re a t z. II. Band. Berlin. 1896. (Cit.: Reatz.) (Entwurf I., Entwurf II.)
- 4) Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich. (Cit.: Prot.)
- 5) Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung der dem Reichstag gemachten Vorlage. 1896. (Cit.: Entwurf III.) Einführungsgesetz (E. - G.).
- 6) Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz, herausgegeben von A. Achilles. Berlin. 1896.
- 6) Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 nebst dem Einführungsgesetz vom 18. August 1896; herausgegeben von Dr. Otto Fischer und Wilhelm Henle. München. 1897.
- 8) Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen. Bd. VI. Bd. XXXI. (Cit.: R. G.)
- 9) Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts in besonderer Beziehung auf das Preussische Recht mit Einschluss des Handels- und Wechselrechts. Begründet von Dr. J. A. Gruchot. Herausgegeben von R a s s o w und K ü n t z e l. Dritte Folge, dritter Jahrgang. (Der ganzen Reihe der Beiträge XXIII. Jahrgang.) Berlin. 1879.

- 10) Justizministerialblatt für die Preussische Gesetzgebung und Rechtspflege. 36. Jahrgang. Seite 144 ff.: Das Recht der väterlichen Gewalt in Preussen (von Geh. Justizrat Dr. Stölzel): § 3. (Cit.: Stölzel.)
 - 11) Arndts, Lehrbuch der Pandekten. 11. Auflage. Stuttgart. 1883.
 - 12) Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts. 7. Auflage. II. Band. Frankfurt a. M. 1891.
 - 13) Dernburg, Pandekten, 4. Auflage. III. Band. Berlin. 1894.
 - 14) Preussisches Privatrecht. Auf der Grundlage des Werkes von Dr. Franz Förster bearbeitet von Dr. M. E. Eccius. 6. Auflage. IV. Band. Berlin. 1893. (Cit.: F.-Eccius.)
 - 15) Familienrecht und Erbrecht des Privatrechts Preussens und des Reichs von Dr. Heinrich Dernburg. 4. Auflage. III. Band. Halle a. S. 1896.
-

§ 1.

Einleitung.

Mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs ist auf dem Gebiete der Annahme an Kindesstatt die Rechtseinheit für das deutsche Reich in einem doppelten Sinne erreicht: Einerseits werden die partikular-rechtlichen Verschiedenheiten durch reichsrechtliche Sätze beseitigt; zum Anderen die verschiedenen Arten der Annahme an Kindesstatt, die einander innerhalb der einzelnen Rechtssysteme gegenüberstanden, durch das einzige Gebilde der reichsrechtlichen Annahme an Kindesstatt ersetzt sein.

Dem älteren deutschen Rechte ist die Annahme an Kindesstatt fremd; sie findet sich nur im nordischen und im langobardischen Recht. Unsere Rechtsentwicklung verdankt diese Lehre der Aufnahme des römischen Rechts in Deutschland; doch ist dieses Rechtsinstitut in seiner römischen Gestalt niemals geltendes Recht Deutschlands geworden. Wenn aber auch die Annahme an Kindesstatt nicht dem deutschen Boden entsprossen ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie heute vom praktischen Leben als Bedürfnis, vom deutschen Rechtsbewußtsein als ein notwendiger Bestandteil unseres Rechtssystems empfunden wird. Die erstere Behauptung kann auch durch die Erfahrung nicht widerlegt werden, daß die

Anwendung des Instituts bei uns eine weniger häufige ist, als es in Rom der Fall war; denn seit der Aufnahme des römischen Rechts hat dieses Institut auch in Deutschland ununterbrochen Anwendung gefunden. Dafs dasselbe aber im deutschen Rechtsbewußtsein festen Fuß gefaßt hat, ergibt sich daraus, dafs die sämtlichen neueren deutschen Gesetzbücher dieses Rechtsgebilde aufgenommen haben.

So hat das Bürgerliche Gesetzbuch dem Gang der geschichtlichen Entwicklung und dem Bedürfnis des praktischen Lebens Rechnung getragen, indem es das Recht der Annahme an Kindesstatt in einer Reihe von Sätzen geregelt hat. Ehe wir an die Darstellung dieses Rechtsstoffes herantreten, haben wir uns kurz die Gedanken und Absichten zu vergegenwärtigen, die den Gesetzgeber bei der Aufstellung dieser Sätze geleitet haben; denn nur deren klare und richtige Erkenntnis befähigt uns, das positive Recht vollkommen zu verstehen, seine Lücken dem Sinne des Ganzen entsprechend auszufüllen und die einzelnen Normen mit Sicherheit anzuwenden.

Wenn auch das Recht der Annahme an Kindesstatt dem Gebiete des Familienrechts angehört und somit einen Bestandteil des Privatrechts-Systems bildet, so ist doch das öffentliche Interesse an der inneren Gesundheit und äußeren Klarheit der durch die Annahme an Kindesstatt geschaffenen Rechtsbeziehungen in hohem Maße beteiligt; es sind daher die legislatorischen Gründe der bezüglichen Sätze des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Interesse zu suchen.

Der Gesetzgeber will in erster Linie dem Angenommenen und dessen von dem neuen Rechtsverhältnis mitergriffenen Nachkommen diejenige Rechtsstellung gegenüber dem *parens adoptans* verschaffen, die eheliche Kinder und deren Abkömmlinge deren Eltern gegenüber einnehmen. Das ist derjenige Satz des Adoptionsrechts, zu dem die anderen das

Verhältnis teils vorbereitender, teils ausführender, teils Ausnahmen begründender Normen einnehmen. Die erste Sorge des Gesetzgebers gilt dem Angenommenen und seinen Nachkommen im oben bezeichneten Umfang. Ihr Wohl soll geschützt und gefördert werden in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Rechtsgemeinschaft. Das neu geschaffene Verhältnis soll ein dem natürlichen Eltern- und Kindes-Verhältnis nachgebildetes, möglichst inniges werden.

Die zweite Sorge des Gesetzes gilt der Person und der Familie des Annehmenden. Diesem soll auf künstlichem Wege Ersatz für die Elternfreuden werden, die ihm auf natürlichem versagt sind. Das Andenken seines Namens und seiner Familie soll in und durch den Angenommenen und seine Nachkommen Fortpflanzung finden. Seine Kräfte und Fähigkeiten sollen zum Nutzen des Angenommenen und zum Segen des Ganzen einen Gegenstand des Wohlthuns und der Arbeit finden.

Die Sorge des Gesetzgebers richtet sich zum dritten auf die, welche außerhalb des neu geschaffenen Rechtsverhältnisses stehen, aber mittelbar von dessen Wirkungen betroffen werden. In deren Interesse sollen die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt sich nicht weiter ausdehnen, als es der Zweck des Instituts erfordert. Alle bereits bestehenden Rechtsverhältnisse und Interessen sollen nach Möglichkeit geschont werden.

Der Gesetzgeber geht von der Erwägung aus, daß die Annahme an Kindesstatt ein künstliches Gebilde ist. Er sucht es daher möglichst einfach, einheitlich und nach außen klar erkennbar zu gestalten, sowie einer allzugroßen Häufung der Anwendungsfälle vorzubeugen. Die Lehre von den Voraussetzungen soll einerseits dem letzteren Gesichtspunkte dienen, andererseits aber in Verbindung mit gewissen Sätzen aus der Lehre von den Wirkungen jedes unlauteren Beginnen von Seite

des Annehmenden, jede Benachteiligung des Angenommenen möglichst hintanhaltend.

Dies sind die hauptsächlichsten Grundgedanken, die in den Sätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Annahme an Kindesstatt zum Ausdruck gelangt sind.

Ehe wir nun das im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltene Adoptionsrecht betrachten, haben wir unsere Aufmerksamkeit noch zwei Punkten zuzuwenden, welche die Anwendbarkeit dieser Sätze betreffen.

Fassen wir zunächst den Artikel 22¹⁾ des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche ins Auge; dieser Artikel enthält zwei Bestimmungen über die Anwendbarkeit des im Bürgerlichen Gesetzbuche enthaltenen Adoptionsrechts, welche zwar nationales Recht enthalten, aber doch dem Gebiete des internationalen Privatrechts angehören. Dem genannten Artikel gingen voran die §§ 2253 Absatz 1 und 2254 des II. Entwurfs.²⁾ Während letztere auch die Anwendbarkeit fremden Rechts zum Gegenstande haben, beschränkt sich Artikel 22

¹⁾ Die Legitimation eines unehelichen Kindes sowie die Annahme an Kindesstatt bestimmt sich, wenn der Vater zur Zeit der Legitimation oder der Annehmende zur Zeit der Annahme die Reichsangehörigkeit besitzt, nach den deutschen Gesetzen.

Gehört der Vater oder der Annehmende einem fremden Staate an, während das Kind die Reichsangehörigkeit besitzt, so ist die Legitimation oder die Annahme unwirksam, wenn die nach den deutschen Gesetzen erforderliche Einwilligung des Kindes oder eines Dritten, zu dem das Kind in einem familienrechtlichen Verhältnisse steht, nicht erfolgt ist.

²⁾ § 2253 Abs. 1. Die Legitimation eines unehelichen Kindes wird nach den Gesetzen des Staates beurteilt, welchem der Vater zur Zeit der Legitimation angehört. Das Erfordernis der Einwilligung des Kindes oder der Einwilligung Dritter, zu denen das Kind in einem familienrechtlichen Verhältnisse steht, bestimmt sich nach den Gesetzen des Staates, welchem das Kind zur Zeit der Legitimation angehört.

§ 2254. Die Vorschriften des § 2253 (ersten und dritten Absatzes) finden auf die Annahme an Kindesstatt entsprechende Anwendung.

auf die deutschen Gesetze. Wir finden hier den Grundsatz zum Ausdruck gebracht, daß das Personalstatut grundsätzlich nicht durch den Wohnsitz, sondern durch die Staatsangehörigkeit bestimmt sein solle.³⁾ Nur aushilfsweise greift in dem Fall, daß der Annehmende oder das Kind keine Staatsangehörigkeit besitzen, Artikel 29⁴⁾ ein.

Die Bestimmung des Artikel 22 Absatz 1 bezieht sich ebensowohl auf die Form wie auf den Inhalt der Annahme an Kindesstatt. Die entgegengesetzte Ansicht ist in der Ausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches von Fischer und Henle — vergleiche Bemerkung zu Artikel 22 und Anmerkung 2, letzten Satz zu Artikel 11⁵⁾ — vertreten. Allerdings genügt nach Artikel 11 Absatz 1 Satz 2 für die Form eines Rechtsgeschäfts die Beobachtung der Gesetze des Orts, an dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird. Allein dieser Satz ist allgemeiner Natur und erleidet durch die besondere Bestimmung des Artikel 22 Absatz 1 eine Einschränkung in derselben Weise, wie seine Geltung auch durch den Absatz 2 des Artikel 11 beschränkt ist. Weshalb sollte denn dieser Satz nur durch einen folgenden desselben Artikels — wie jene

³⁾ Reatz. II. S. 475 ff.

⁴⁾ Gehört eine Person keinem Staate an, so werden ihre Rechtsverhältnisse, soweit die Gesetze des Staates, dem eine Person angehört, für maßgebend erklärt sind, nach den Gesetzen des Staates beurteilt, dem die Person zuletzt angehört hat, und, wenn sie auch früher einem Staate nicht angehört hat, nach den Gesetzen des Staates, in welchem sie ihren Wohnsitz, und in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren Aufenthalt hat oder zu der maßgebenden Zeit gehabt hat.

⁵⁾ Die Form eines Rechtsgeschäfts bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildende Rechtsverhältnis maßgebend sind. Es genügt jedoch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird. — Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung auf ein Rechtsgeschäft, durch das ein Recht an einer Sache begründet oder über ein solches Recht verfügt wird.

Ausgabe annimmt —, nicht aber auch durch einen späteren Artikel eingeschränkt werden können?

Während Artikel 22 das Anwendungsgebiet des im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen Adoptionsrechts auf eine bestimmte Zahl von Personen ausdehnt, bestimmt Artikel 209 des Einführungsgesetzes,⁶⁾ daß die Frage, in weit ein vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs angenommenes Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen habe, und in wie weit der parens adoptans die Pflichten und Rechte ehelicher Eltern habe, sich nach den bisherigen Gesetzen entscheide, daß also hier die Anwendbarkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht gegeben sei. Der erwähnte Artikel stimmt vollkommen überein mit Artikel 127 des I., Artikel 208 des II. und Artikel 208 des III. Entwurfs. Aus den Motiven zum I. Entwurf eines Einführungsgesetzes, Seite 302, ist hervorzuheben, daß der Inhalt der dem Annehmenden nach bisherigem Rechte zustehenden Rechte und Pflichten ehelicher Eltern von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs an nach dessen Vorschriften sich bemisst (vergleiche Artikel 203 des Gesetzes).⁷⁾

Wenn wir nunmehr in die Darstellung des im Bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen Adoptionsrechts eintreten, folgen wir der im Gesetz selbst enthaltenen Einteilung, indem wir

- I. von den Voraussetzungen,
- II. von den Wirkungen,
- III. von der Aufhebung

⁶⁾ Inwieweit ein vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches legitimiertes oder an Kindesstatt angenommenes Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes hat, und inwieweit der Vater und die Mutter die Pflichten und Rechte ehelicher Eltern haben, bestimmt sich nach den bisherigen Gesetzen.

⁷⁾ Das Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und einem vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs geborenen ehelichen Kinde bestimmt sich von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs an nach dessen Vorschriften. Dies gilt insbesondere auch in Ansehung des Vermögens, welches das Kind vorher erworben hat.

des durch die Annahme an Kindesstatt geschaffenen Rechtsverhältnisses handeln.

I.

Die Voraussetzungen.

Wie bereits erwähnt, war das Streben des Gesetzgebers bei der Gestaltung unseres Adoptionsrechts auf Einfachheit und Einheitlichkeit bezüglich der Form wie des Inhalts gerichtet. Diesem Gedanken ist insbesondere dadurch Ausdruck verliehen, daß die auf dem römischen Recht fußende Unterscheidung verschiedener Arten von Adoptionen beseitigt und an ihre Stelle ein einheitliches Rechtsgebilde getreten ist. So sind nun gefallen die Unterschiede zwischen der Adoption durch einen Mann und der durch eine Frau, zwischen Arrogation und Adoption im engeren Sinne, zwischen der adoptio plena und minus plena. In der Beseitigung dieser Unterscheidungen ist das Bürgerliche Gesetzbuch der geschichtlichen Entwicklung und der modernen Rechtsanschauung gefolgt.*) Keine Aufnahme hat ferner im Bürgerlichen Gesetzbuch das familienrechtliche Institut der Pflegekindschaft, welche das Preussische Landrecht, der code civil und das Badische Landrecht kennen, gefunden.**)

Wenn wir nun die Voraussetzungen der Annahme an Kindesstatt nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuchs ins Auge fassen, so betrachten wir im Einzelnen:

1. den Annahmevertrag,
2. die Erfordernisse auf der Seite des Annehmenden,
3. die Einwilligung Dritter,
4. die gerichtliche Bestätigung,
5. Mängel in den Voraussetzungen.

*) Mot. zum I. Entw. Bd. IV. S. 956.

**) Mot. S. 953.

§ 2.

1) D e r A n n a h m e v e r t r a g.

§ 1741 Satz 1 lautet: »Wer keine ehelichen Abkömmlinge hat, kann durch Vertrag mit einem Anderen diesen an Kindesstatt annehmen.« Dieser Bestimmung entsprechen die §§ 1601 Absatz 2 des I.,¹⁾ 1631 Satz 1 des II.,²⁾ 1717 Satz 1 des III.³⁾ Entwurfs.

Dieser Satz des Gesetzes ist in doppelter Hinsicht von Bedeutung dadurch, daß er durch seinen Wortlaut zwei Institutionen anderer Rechtssysteme, nämlich die Annahme an Enkelsstatt und die *adoptio testamentaria* ausschließt. Durch den Ausschluß der Ersteren setzt sich das Gesetz in einen Gegensatz zum gemeinen Recht,⁴⁾ stimmt aber mit der Mehrzahl der neueren Gesetzgebungen überein.⁵⁾ Von der Annahme an Enkelsstatt ist zu unterscheiden die Ausdehnung der Wirkungen der Annahme an Kindesstatt auf gewisse Abkömmlinge des Angenommenen, wie sie der § 1762 regelt (vgl. unten). Im Einklang mit dem geltenden Recht — mit der einzigen Ausnahme des Artikel 366 des *code civil* — hat das Gesetz die Annahme an Kindesstatt durch letztwillige Verfügung nicht anerkannt; es beruht dies wohl auf der Erwägung, daß durch die Annahme in erster Linie ein persönliches, dem natürlichen Kindesverhältnis nachgebildetes, Naheverhältnis zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen begründet werden soll.⁶⁾

¹⁾ Die Annahme an Kindesstatt erfordert einen zwischen dem Annehmenden und dem Anzunehmenden zu schließenden Vertrag.

²⁾ Die Annahme an Kindesstatt erfolgt durch Vertrag zwischen dem Annehmenden und dem Kinde.

³⁾ Wer keine ehelichen Abkömmlinge hat, kann durch Vertrag mit einem Anderen diesen an Kindesstatt annehmen.

⁴⁾ Windscheid Bd. II. § 523 Anm. 1.

⁵⁾ Mot. S. 952.

⁶⁾ Mot. S. 957.

Fassen wir zuerst ins Auge, wie nach gemeinem Rechte die Annahme an Kindesstatt sich vollzieht. Hier geschieht die Arrogation und die Annahme seitens einer Frau durch landesherrliches Reskript; die Arrogation erfordert ausdrückliche Zustimmung des Kindes bzw. seines Vormundes. Die Adoption im engeren Sinne dagegen geschieht im gemeinen wie schon im römischen Recht durch Rechtsgeschäft zwischen dem Inhaber der väterlichen Gewalt und dem Annehmenden, da es sich in der römisch-rechtlichen Lehre hier im Wesentlichen um die Übertragung der väterlichen Gewalt handelte. Dieses Rechtsgeschäft muß in Gegenwart des Kindes zu gerichtlichem Protokoll erklärt werden; das Kind muß zustimmen oder wenigstens nicht widersprechen.⁷⁾ ⁸⁾ In den Gebieten des gemeinen Rechts hat sich der Unterschied zwischen Arrogation und Adoption im engeren Sinne bezüglich der Form vielfach in der Weise verwischt, daß für alle Arten der Annahme an Kindesstatt die landesherrliche Genehmigung oder nur die gerichtliche Bestätigung gefordert wird.⁹⁾

Die Vertragsnatur der Annahme an Kindesstatt im Bürgerlichen Gesetzbuch steht im Einklang mit den neueren Gesetzbüchern. So erfordert die Annahme an Kindesstatt nach preussischem Recht — Allgemeines Landrecht II, 2 § 666 — einen schriftlichen, zwischen dem Annehmenden und dem Anzunehmenden geschlossenen Vertrag.¹⁰⁾ Der im § 1741 Satz 1 des Gesetzes normierte Vertrag entspricht insoferne dem Sinne des Instituts, als Letzteres ein persönliches Naheverhältnis begründen soll, dessen Wirkungen im Wesentlichen auf den Annehmenden und den Angenommenen sich beschränken.

Vertragschließende sind nach dem klaren Wortlaut des

⁷⁾ Windscheid Bd. II. § 523. 1. 2.

⁸⁾ Mot. S. 956.

⁹⁾ Mot. S. 955.

¹⁰⁾ Vgl. Mot. S. 956.

Gesetzes der Annehmende und der Angenommene; im Falle des § 1762 Satz 2¹¹⁾ schließt auch der zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandene Abkömmling, auf welchen sich die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sollen, den Vertrag mit ab. Außerhalb dieses Vertrages steht die im § 1741 Satz 2¹²⁾ vorgeschriebene gerichtliche Bestätigung; sie steht dem Vertrage selbständig gegenüber. Sie tritt zu dem Vertrage als selbständige Voraussetzung der Annahme an Kindesstatt hinzu. Diese Auffassung hat in der Kommission für die zweite Lesung¹³⁾ die Oberhand behalten, während ein Antragsteller das Wort »Vertrag« vermieden wissen wollte, um die Anschauung zu ermöglichen, daß die Vereinbarung zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen nur eine Einigung sei, welche erst durch den Zutritt der gerichtlichen Bestätigung zum Annahmegeschäft ergänzt würde.

Der Annahmevertrag ist seinem Wesen nach ein familienrechtlicher: er hat die Begründung und Beendigung familienrechtlicher Beziehungen zum Inhalt. Freilich ist die Vertragsfreiheit hinsichtlich der einzelnen Wirkungen eine höchst beschränkte; denn — abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen — setzt das Gesetz durch absoluten Rechtssatz die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt fest: § 1767¹⁴⁾ (siehe unten).

¹¹⁾ Auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandenen Abkömmling und dessen später geborene Abkömmlinge erstrecken sich die Wirkungen nur, wenn der Vertrag auch mit dem schon vorhandenen Abkömmlinge geschlossen wird.

¹²⁾ Der Vertrag bedarf der Bestätigung durch das zuständige Gericht.

¹³⁾ Prot. S. 6291 f.

¹⁴⁾ In dem Annahmevertrage kann die Nutznießung des Annehmenden an dem Vermögen des Kindes, sowie das Erbrecht des Kindes dem Annehmenden gegenüber ausgeschlossen werden. Im Übrigen können die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt in dem Annahmevertrage nicht geändert werden.

Diese Wirkungen nun charakterisieren den Vertrag als einen familienrechtlichen; es ist dies insoferne von Bedeutung, als deshalb — soweit keine besonderen Sätze für die Annahme an Kindesstatt gelten — in erster Linie die Sätze des Familienrechts, in zweiter die allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs Platz greifen.

Nicht minder aber als die Wirkungen lassen die Mehrzahl der Erfordernisse die familienrechtliche Natur dieses Vertrags erkennen; so insbesondere der § 1742¹⁵⁾. Dieser § stimmt inhaltlich mit § 1615 des I.,¹⁶⁾ wörtlich mit § 1630 des II. und § 1718 des III. Entwurfs überein. Dasselbe Verbot einer Bedingung oder Zeitbestimmung enthält das gemeine Recht,¹⁷⁾ gestützt auf l 34 D 1,7¹⁸⁾. Die ratio legis, welche diese Digestenstelle in ihrem Schlufssatz ausspricht, liegt auch der entsprechenden Bestimmung des § 1742 zu Grunde: die Adoption ist die künstliche Nachbildung des natürlichen Eltern- und Kindesverhältnisses. Wie dieses nur durch Geburt entsteht und durch den Tod endigt, somit eine Bedingtheit oder willkürliche zeitliche Begrenzung desselben undenkbar ist, so soll auch durch die Annahme an Kindesstatt ein absolut sicheres, zeitlich unbegrenztes Rechtsverhältnis geschaffen werden.¹⁹⁾

§ 1742 steht auch im Einklang mit den neueren Gesetzgebungen, insbesondere mit dem preussischen Landrecht,

¹⁵⁾ Die Annahme an Kindesstatt kann nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung erfolgen.

¹⁶⁾ Die Annahme an Kindesstatt unter Beifügung einer Bedingung oder Zeitbestimmung ist unwirksam.

¹⁷⁾ Dernburg, Pand. Bd. III. § 30.

¹⁸⁾ Quaesitum est, si tibi filius in adoptionem hac lege sit datus, ut post triennium eundem mihi in adoptionem des, an actio ulla sit? Et Labeo putat nullam esse actionem: nec enim moribus nostris convenit filium temporalem habere.

¹⁹⁾ Mot. S. 971.

welches übrigens keine ausdrückliche Bestimmung hierüber enthält.^{20), 21)}

Vorschriften über den Vertragsabschluß selbst enthält § 1750²²⁾ des Gesetzes und zwar in doppelter Richtung: einmal hinsichtlich der Vertretung der Vertragsschließenden (Absatz 1), zum anderen bezüglich des Vertragsschlusses vor Gericht oder Notar (Absatz 2). Diese Sätze stimmen inhaltlich mit den §§ 1612, 1613 Absatz 2 Satz 2, 1616 Absatz 1 des I.,²³⁾ 1633, 1631 Satz 2 des II.,²⁴⁾ wörtlich mit § 1726 des III. Entwurfs überein.

Fassen wir zuerst Absatz 1 des § ins Auge. Das gemeine Recht fordert — wie erwähnt — zur Arrogation die

²⁰⁾ Mot. S. 971.

²¹⁾ Förster-Eccius Bd. IV. § 220. Dernburg, Preufs. Priv.-Recht Bd. III. § 62.

²²⁾ Der Annahmevertrag kann nicht durch einen Vertreter geschlossen werden. Hat das Kind nicht das vierzehnte Lebensjahr vollendet, so kann sein gesetzlicher Vertreter den Vertrag mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts schließen.

Der Annahmevertrag muß bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile vor Gericht oder vor einem Notar geschlossen werden.

²³⁾ § 1612. Hat der Anzunehmende das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt, so kann der Annahmevertrag für ihn durch den gesetzlichen Vertreter geschlossen werden. Im Übrigen kann die Schließung des Vertrages, sowohl für den Annehmenden als für den Anzunehmenden, nicht durch einen Vertreter, insbesondere auch nicht durch den gesetzlichen Vertreter, erfolgen.

§ 1613 Abs. 2 Satz 2. Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes ist auch dann erforderlich, wenn der Vertrag für den Anzunehmenden in Gemäßheit des § 1612 Satz 1 von dem gesetzlichen Vertreter des Anzunehmenden geschlossen ist.

§ 1616 Abs. 1. Der Annahmevertrag muß vor Gericht oder Notar geschlossen werden.

²⁴⁾ § 1633. Der Annahmevertrag kann nicht durch Vertreter geschlossen werden. Hat jedoch das Kind das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so kann sein gesetzlicher Vertreter den Vertrag mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts schließen.

§ 1631 Satz 2. Der Vertrag muß vor Gericht oder vor einem Notar geschlossen werden.

ausdrückliche Zustimmung des willensfähigen Kindes, zu der Adoption im engeren Sinne wenigstens den Nichtwiderspruch des persönlich vor dem Richter miterschiedenen Kindes, während das bayer. Landrecht I, 5 § 10 Nr. 3, § 11 auch im letzteren Falle ausdrückliche Zustimmung verlangt.

Nach preussischen Landrecht wird das Kind ebenfalls bis zur Erreichung der Mündigkeit, d. h. bis zum 14. Lebensjahr, durch seinen Vater oder durch den mit gerichtlicher Genehmigung handelnden Vormund vertreten.²⁵⁾

Das Gesetz geht aus von dem Gedanken, daß der Annahmevertrag einerseits für beide Teile von größter Wichtigkeit, andererseits von vorwiegend persönlichen Wirkungen begleitet ist, und daß deshalb den Vertragschließenden hier die Selbstbestimmung möglichst wenig benommen sein soll. Weiterhin soll auch einem noch nicht 14jährigen Kinde die Wohltat der Annahme an Kindesstatt in dem Sinne gesichert werden, daß die Annahme an Kindesstatt nicht etwa an seinem unbegründeten Widerspruch scheitert. Der Absatz 1 Satz 1 enthält eine Ausnahme von dem allgemeinen Vertretungsprincip, die sich durch die besondere Natur des in Frage stehenden Rechtsgeschäfts rechtfertigt. Durch Satz 2 wird die Genehmigung nicht nur für den Fall, daß das Kind unter Vormundschaft, sondern auch für den Fall, daß es unter elterlicher Gewalt steht, gefordert.²⁶⁾ Ein in der Kommission für die zweite Lesung gestellter Antrag, die Vertretungsmöglichkeit auch auf das geisteskranke Kind auszudehnen, wurde nicht gebilligt, da es sich um die Schaffung eines persönlichen, hier kaum in Frage kommenden Naheverhältnisses handle, und da Mißstände zu befürchten seien, wenn diese Art der Geschäftsunfähigkeit beseitigt sei.²⁷⁾

²⁵⁾ F. -Eccius § 220. A. L. R. II, 2 § 678.

²⁶⁾ Mot. S. 969 f.

²⁷⁾ Prot. S. 6286 f.

Absatz 2 fordert die gleichzeitige Anwesenheit beider Teile vor Gericht oder vor dem Notar, und bildet somit eine Ausnahme von § 128²⁸⁾ des Gesetzes. Wenn auch dieses Erfordernis in den beiden ersten Entwürfen nicht ausdrücklich aufgestellt ist, so lassen doch die Motive — Seite 972 — erkennen, daß dies schon damals die Meinung des Gesetzgebers war.

Das gemeine Recht stellt die Bestimmung auf, daß bei der Adoption im engeren Sinne die Kontrahenten ihre Erklärungen — in denen sie übrigens nach Windscheid: Anmerkung 4 zu § 523 von Anderen nicht vertreten werden können — zu gerichtlichem Protokoll abgeben müssen; bestritten ist, ob diese von Windscheid angenommene Auffassung richtig sei, oder ob hier eine Bestätigung durch das Gericht verlangt werde.²⁹⁾ Das preussische Landrecht — Allgemeines Landrecht II, 2 § 666 — fordert nur die Schriftlichkeit des Annahmevertrags.

Das Erfordernis des Vertragsschlusses vor Gericht oder Notar bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile trägt der Wichtigkeit und den umfassenden Wirkungen des Geschäfts Rechnung; der Gesetzgeber nimmt an, daß dadurch eine erhöhte Gewähr für die Ernstlichkeit und Klarheit der beiderseitigen Willenserklärungen gegeben sei. Ihrer rechtlichen Natur nach ist die Thätigkeit des Gerichts oder Notars lediglich eine beurkundende, keineswegs eine prüfende und erkennende. Zuständigkeitsnormen für das Gericht enthält das Bürgerliche Gesetzbuch nicht.³⁰⁾

Stellt der § 1750 zwei Grundregeln für den Abschluß

²⁸⁾ Ist durch Gesetz gerichtliche oder notarielle Beurkundung eines Vertrages vorgeschrieben, so genügt es, wenn zunächst der Antrag und sodann die Annahme des Antrages von einem Notar beurkundet wird.

²⁹⁾ Stölzel S. 145.

³⁰⁾ Mot. S. 971 f.

des Annahme-Vertrags auf, so behandeln die beiden folgenden §§ gewisse Anomalieen beim Vertragsabschlusse.

§ 1751³¹⁾ stimmt inhaltlich mit § 1613 Absatz 1 Absatz 2 Satz 1 des I.³²⁾, wörtlich mit § 1634 des II. und § 1727 des III. Entwurfs überein.

Das preussische Recht weicht von den hier zu besprechenden Normen ab. Es verlangt nämlich neben der Erklärung des mündigen, minderjährigen Kindes die Zustimmung des noch lebenden Vaters, und, wenn das Kind unter Vormundschaft steht, die Genehmigung des Vormunds und des Vormundschaftsgerichts. Auch das großsjährige Kind — mag es noch Hauskind sein, oder nicht mehr — bedarf der Zustimmung des noch lebenden Vaters.³³⁾

Die Norm, daß bei Geschäftsbeschränktheit des Annehmenden oder des Anzunehmenden die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts verlangt wird, ruht auf dem Gedanken, daß die Annahme tiefgreifende Wirkungen in persönlicher und vermögensrechtlicher Hinsicht auf beide Teile äußert. Einen Fortschritt im Vergleich mit den hierhergehörenden Normen des geltenden Rechts enthält der § 1751 insoferne, als er die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung für beide Teile unter gewissen Voraussetzungen statuiert, und zwar für das Kind,

³¹⁾ Ist der Annehmende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf es zur Eingehung des Vertrages, außer der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Das Gleiche gilt für das Kind, wenn es in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist.

³²⁾ Ist der Annehmende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so ist zu dem Vertrage, außer der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erforderlich.

Ein Gleiches gilt in Ansehung der Einwilligung des Anzunehmenden, wenn dieser in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist.

³³⁾ F.-Eccius § 220. — Dernburg, Preuß. Priv.-Recht, Bd. III. § 62. — A. L. R. II, 2 §§ 678—680. Vorm.-O. vom 5. Juli 1875 § 42. — Bezüglich des unmündigen Kindes vgl. oben zu § 1750.

auch wenn dasselbe nicht unter Vormundschaft, sondern unter elterlicher Gewalt steht.³⁴⁾

Für den Fall, daß die Annahme an Kindesstatt ohne die nach § 1751 erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters erfolgt sein sollte, greifen die §§ 108 und 184 Absatz 1³⁵⁾ Platz, da keine spezielle Norm hier vorhanden ist. Aus diesen ergibt sich, daß dieser Mangel das Rechtsgeschäft nicht nichtig macht, sondern daß die erst später — wenn auch erst nach der gerichtlichen Bestätigung — erfolgende Genehmigung rückwirkende Kraft besitzt. Übrigens dürfte dieser Fall in der Praxis ausgeschlossen sein, da die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts und die gerichtliche Bestätigung kaum erteilt werden, solange dieser Mangel nicht gehoben ist.³⁶⁾

Für die Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht enthält besondere Bestimmungen, deren rechtliche Natur die von instruktionellen Vorschriften ist, der § 1752.³⁷⁾ Mit dessen

³⁴⁾ Mot. S. 970.

³⁵⁾ § 108. Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrages von der Genehmigung des Vertreters ab. Fordert der andere Teil den Vertreter zur Erklärung über die Genehmigung auf, so kann die Erklärung nur ihm gegenüber erfolgen; eine vor der Aufforderung dem Minderjährigen gegenüber erklärte Genehmigung oder Verweigerung der Genehmigung wird unwirksam. Die Genehmigung kann nur bis zum Ablaufe von zwei Wochen nach dem Empfange der Aufforderung erklärt werden; wird sie nicht erklärt, so gilt sie als verweigert. Ist der Minderjährige unbeschränkt geschäftsfähig geworden, so tritt seine Genehmigung an die Stelle der Genehmigung des Vertreters.

§ 184 Abs. 1. Die nachträgliche Zustimmung (Genehmigung) wirkt auf den Zeitpunkt der Vornahme des Rechtsgeschäfts zurück, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist.

³⁶⁾ Mot. S. 970.

³⁷⁾ Will ein Vormund sein Mündel an Kindesstatt annehmen, so soll das Vormundschaftsgericht die Genehmigung nicht erteilen, solange der Vormund im Amte ist. Will Jemand seinen früheren Mündel an

Inhalt stimmt im Wesentlichen § 1613 Absatz 3 und 4³⁸⁾ des I. Entwurfs überein; § 1635 des II. und § 1728 des III. Entwurfs haben den gleichen Wortlaut wie § 1752 des Gesetzes.

Im gemeinen Recht wird dem Vormund die Arrogation nicht vor abgelegter Vormundschaftsrechnung gestattet.³⁹⁾

§ 1752 verfolgt den Zweck, eigennützigen Motiven auf Seite des Annehmenden vorzubeugen, wenn ein Vormund, bzw. ein zur Vermögensverwaltung berufener Pfleger die Annahme an Kindesstatt dazu mißbrauchen wollte, seine ordnungswidrige Geschäftsführung zu verhüllen oder sich der Herausgabe des verwalteten Vermögens zu entziehen. Der Absatz 2 des § enthält eine Einschränkung des § 1915 Absatz 1⁴⁰⁾ für den vorliegenden Fall; denn die hier für den Vormund aufgestellten Regeln finden nicht auf jeden, sondern nur auf den zur Vermögensverwaltung bestellten Pfleger Anwendung; diese Einschränkung ist dadurch begründet, daß § 1752 lediglich dem Schutze der Vermögensrechte des Anzunehmenden dienen will.⁴¹⁾

Kindesstatt annehmen, so soll das Vormundschaftsgericht die Genehmigung nicht erteilen, bevor er über seine Verwaltung Rechnung gelegt und das Vorhandensein des Mündelvermögens nachgewiesen hat. Das Gleiche gilt, wenn ein zur Vermögensverwaltung bestellter Pfleger seinen Pflegling oder seinen früheren Pflegling an Kindesstatt annehmen will.

³⁸⁾ § 1613 Abs. 3 und 4. Ist der Annehmende der Vormund des Anzunehmenden, so soll die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes nicht erteilt werden. Ist der Annehmende der Vormund des Anzunehmenden gewesen und wird der letztere noch bevormundet, so soll die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erst erteilt werden, nachdem der Annehmende über die von ihm geführte Verwaltung Rechnung gelegt und das Vermögen des Mündels ausgeliefert hat.

Die Vorschriften des dritten Absatzes finden auf einen zur Vermögensverwaltung berufenen Pfleger entsprechende Anwendung.

³⁹⁾ Windscheid § 523 Anm. 17.

⁴⁰⁾ Auf die Pflegschaft finden die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

⁴¹⁾ Mot. S. 970.

Das Gesetz weist eine doppelte Verschiedenheit von dem I. Entwurf auf: einmal läßt Entwurf I § 1613 Absatz 3 und 4 die Bestimmung nur dann auf den gewesenen Vormund, bezw. Pfleger, Anwendung finden, wenn das Kind noch bevormundet ist; zum Anderen sieht das Gesetz von der Auslieferung des Mündelvermögens ab und begnügt sich mit dessen Nachweis.

Die Vorschrift des § 1752 richtet sich an den Vormundschaftsrichter, während § 1754 Normen für den Bestätigungsrichter aufstellt, diese beiden Richter brauchen nicht identisch zu sein; es ist daher die Bestätigung auch dann zu erteilen, wenn das Vormundschaftsgericht entgegen dem § 1752 genehmigt hat.⁴²⁾

Die Lehre vom Annahmevertrag steht im Mittelpunkt der Lehre von den Erfordernissen. Nicht jedem aber gestattet das Bürgerliche Gesetzbuch, einen Anderen an Kindesstatt anzunehmen. Es stellt vielmehr eine Reihe von Sätzen auf, in welchen bestimmte Anforderungen an den Annehmenden gestellt werden. Die Darstellung dieser Sätze soll uns im folgenden Abschnitt beschäftigen.

§ 3.

2) Die Erfordernisse auf der Seite des Annehmenden.

Die erste Voraussetzung in Bezug auf den *parens adoptans* ist die negative des Mangels ehelicher Abkömmlinge. Dem § 1741 entspricht im I. Entwurf in dieser Beziehung § 1602 Satz 1¹⁾, im II. Entwurf § 1625 Absatz 1²⁾, im III. Entwurf der mit dem Gesetz gleichlautende § 1717. Aus dem Worte

⁴²⁾ A. M. Fischer-Henle: Anmerkung 2 zu § 1752.

¹⁾ Wer einen ehelichen Abkömmling hat, kann nicht an Kindesstatt annehmen.

²⁾ An Kindesstatt kann nur annehmen, wer eheliche Abkömmlinge nicht hat.

»Wer« ergiebt sich, daß andere Voraussetzungen als die in diesem und den folgenden Paragraphen enthaltenen bezüglich der Person des Annehmenden nicht bestehen. So ist es für die Annahme an Kindesstatt nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches belanglos, ob der Annehmende männlichen oder weiblichen Geschlechtes ist, ob er verheiratet ist oder nicht (vergleiche jedoch § 1746 ³⁾ und § 1749).⁴⁾

Das gemeine Recht enthält den Satz, daß, wenn der Annehmende eigene Kinder hat oder in der Lage ist, sich eigene Kinder zu erzeugen, die Arrogation nur unter besonderen Umständen bewilligt wird.⁵⁾ Nach preussischem Landrecht macht das Vorhandensein ehelicher Kinder die Annahme an Kindesstatt unstatthaft.⁶⁾

Der in Frage stehende Satz des § 1741 ruht ⁷⁾ auf der Erwägung, daß beim Vorhandensein ehelicher Abkömmlinge kein Bedürfnis für den Annehmenden zur Annahme vorliegt, und daß durch eine Annahme an Kindesstatt das Familienleben, sowie die Interessen der Abkömmlinge leicht beeinträchtigt werden könnten. Ein in der Kommission für die zweite Lesung gestellter Antrag ⁸⁾ bezweckte die Zulässigkeit der Dispensation von dem in Rede stehenden Erfordernisse; der Antrag wurde damit begründet, daß sich Fälle denken ließen, in denen trotz des Vorhandenseins ehelicher Abkömm-

³⁾ Wer verheiratet ist, kann nur mit Einwilligung seines Ehegatten an Kindesstatt annehmen oder angenommen werden. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn der Ehegatte zur Abgabe einer Erklärung dauernd außer Stande, oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

⁴⁾ Als gemeinschaftliches Kind kann ein Kind nur von einem Ehepaar angenommen werden. Ein angenommenes Kind kann, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht, nur von dem Ehegatten des Annehmenden an Kindesstatt angenommen werden.

⁵⁾ Windscheid Bd. II. § 523.

⁶⁾ A. L. R. II, 2. § 671.

⁷⁾ Mot. S. 957 ff.

⁸⁾ Prot. S. 6280 ff.

linge eine Annahme an Kindesstatt nicht nur nicht schädlich wirken würde, sondern geradezu wünschenswert sei. Allein der Antrag fand keinen Beifall; seine Ablehnung wurde damit begründet, daß die Annahme an Kindesstatt als ein künstliches Institut nicht die Familienverhältnisse auf der Seite des Annehmenden, auch nicht die Interessen der vorhandenen ehelichen Abkömmlinge beeinträchtigen dürfe, sowie damit, daß der Antrag im Allgemeinen im Widerspruch mit dem geltenden Rechte stehe.

Bezüglich des Nichtvorhandenseins ehelicher Abkömmlinge fassen die Motive zum I. Entwurf den besonderen Fall ins Auge, dass ein ehelicher Nachkomme für tot erklärt ist. Die Todeserklärung begründet nach § 18 Absatz 1⁹⁾ die Vermutung seines Todes, läßt also eine Annahme an Kindesstatt als möglich erscheinen; wenn sich jedoch diese Vermutung als objektiv unrichtig erweist, so ist die Annahme an Kindesstatt nichtig. — Kein Hindernis der Annahme an Kindesstatt nach § 1741 bildet ein nasciturus. Die Motive berufen sich hier auf den Grundsatz des § 1¹⁰⁾. Man könnte wohl für das Vorhandensein eines Hindernisses in diesem Falle ins Feld führen, daß auch hier für den Annehmenden kein Bedürfnis zur Annahme vorliegt, und daß das Vorhandensein eines angenommenen Kindes späterhin das Verhältnis des Annehmenden zu seinen ehelichen Nachkommen, wie auch die Interessen der Letzteren schwer schädigen könnte; ferner kann man sagen, daß im § 1 lediglich über die Rechtsfähigkeit, nicht aber über das Vorhandensein eines Menschen — wenn auch nur im embryonalen Zustande — entschieden ist. Dennoch werden diese

⁹⁾ Die Todeserklärung begründet die Vermutung, daß der Verschollene in dem Zeitpunkte gestorben sei, welcher in dem die Todeserklärung aussprechenden Urteile festgestellt ist.

¹⁰⁾ Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.

Erwägungen zurücktreten müssen, wenn man den Wortlaut des Gesetzes mit dem in den Motiven niedergelegten Gedanken des Gesetzgebers zusammenhält. Es hindert demnach ein nasciturus die Annahme an Kindesstatt nicht.

Da durch die Legitimation uneheliche Kinder nach den §§ 1719, 1722, 1736, 1737 Absatz 1 Satz 1¹¹⁾ die rechtliche Stellung ehelicher Abkömmlinge erlangen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch das Vorhandensein legitimierter Abkömmlinge die Annahme an Kindesstatt nach § 1741 ausschließt. Das Vorhandensein unehelicher Abkömmlinge hindert nach den Worten des Gesetzes die Annahme an Kindesstatt nicht; sie können vielmehr, da ein diesbezügliches Verbot nicht besteht, selbst an Kindesstatt angenommen werden.

Die entgegengesetzte Stellung nimmt hier das gemeine Recht ein; nach diesem können uneheliche Kinder durch den Erzeuger nicht adoptiert werden.¹²⁾ — Nach preussischem Landrecht dagegen kann der Erzeuger seine unehelichen Kinder adoptieren.¹³⁾

Im engsten Zusammenhang mit der oben besprochenen Norm steht die des § 1743.¹⁴⁾ Sie enthält eine Einschränkung

¹¹⁾ § 1719. Ein uneheliches Kind erlangt dadurch, daß sich der Vater mit der Mutter verheiratet, mit der Eheschließung die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes.

§ 1722. Die Eheschließung zwischen den Eltern hat für die Abkömmlinge des unehelichen Kindes die Wirkungen der Legitimation auch dann, wenn das Kind vor der Eheschließung gestorben ist.

§ 1736. Durch die Ehelichkeitserklärung erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes.

§ 1737 Abs. 1 Satz 1. Die Wirkungen der Ehelichkeitserklärung erstrecken sich auf die Abkömmlinge des Kindes; sie erstrecken sich nicht auf die Verwandten des Vaters.

¹²⁾ Windscheid § 523. A. M. Dernburg Pand. Bd. III. § 30 mit Note 12.

¹³⁾ F. - Eccius § 220.

¹⁴⁾ Das Vorhandensein eines angenommenen Kindes steht einer weiteren Annahme an Kindesstatt nicht entgegen.

jenes Grundsatzes. Ohne sie würde auch das Vorhandensein eines angenommenen Abkömmlings, da ein solcher nach § 1757¹⁵⁾ und 1762¹⁶⁾ die rechtliche Stellung eines ehelichen Abkömmlings erlangt hat, eine weitere Annahme an Kindesstatt ausschließen. § 1743 bestimmt aber, daß das Vorhandensein eines angenommenen Kindes einer weiteren Annahme an Kindesstatt nicht entgegenstehen sollte. Dieser Satz ist sämtlichen Entwürfen des Bürgerlichen Gesetzbuches gemeinsam: § 1602 Satz 2 des I.,¹⁷⁾ § 1625 Absatz 2 des II.,¹⁸⁾ § 1719 des III. Entwurfs.¹⁸⁾

Da das preussische Landrecht dem Angenommenen die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes verleiht, so führt die Konsequenz bei dem Mangel einer entgegenstehenden Bestimmung zu dem Ergebnis, daß hier das Vorhandensein eines angenommenen Abkömmlings eine weitere Annahme an Kindesstatt unmöglich macht.¹⁹⁾ Das gemeine Recht²⁰⁾ enthält den Satz, daß es nur *ex iusta causa* gestattet wird, mehr als Einen zu arrogieren (l 15 § 3 D. 1,7).²¹⁾

¹⁵⁾ Durch die Annahme an Kindesstatt erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden. Wird von einem Ehepaare gemeinschaftlich ein Kind angenommen, oder nimmt ein Ehegatte ein Kind des anderen Ehegatten an, so erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen ehelichen Kindes der Ehegatten.

¹⁶⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich auf die Abkömmlinge des Kindes. Auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandenen Abkömmling und dessen später geborene Abkömmlinge erstrecken sich die Wirkungen nur, wenn der Vertrag auch mit dem schon vorhandenen Abkömmlinge geschlossen wird.

¹⁷⁾ Das Vorhandensein eines angenommenen Kindes steht der Annahme an Kindesstatt nicht entgegen.

¹⁸⁾ Gleichlautend mit dem Gesetz.

¹⁹⁾ Mot. S. 959.

²⁰⁾ Windscheid § 523 S. 836.

²¹⁾ *item non debet quis plures adrogare, nisi ex iusta causa.*

Wenn auch die Erwägungen, welche die oben dargestellte Bestimmung des § 1741 rechtfertigen, in entsprechender Weise auch hier zutreffen, so wird doch der Vorteil, der für die Betroffenen wie für das Gemeinwesen darin liegt, daß die Wohlthat der Annahme an Kindesstatt durch einen geeigneten *parens adoptans* einem weiteren Personenkreis zu Gute kommt, jene Bedenken zerstreuen müssen.²²⁾

Bezieht sich das eben dargestellte Erfordernis auf gewisse familienrechtliche Beziehungen des Annehmenden, so betrifft das nunmehr zu erörternde Verhältnisse rein tatsächlicher Natur, nämlich das Lebensalter des Annehmenden und den Altersunterschied zwischen diesem und dem Anzunehmenden.

Dasselbe ist geregelt in § 1744²³⁾ des Gesetzes; gleichen Inhalts sind die §§ 1603 Absatz 1, 1604 Absatz 1 des I.,²⁴⁾ 1626 Absatz 1 des II.²⁵⁾ 1729 des III. Entwurfs.²⁶⁾

Nach gemeinem Recht muß der Annehmende 18 Jahre älter sein, als der Anzunehmende. Der Arrogierende soll 60 Jahre alt sein.²⁷⁾ Auch nach bayerischem Landrecht²⁸⁾ muß der Annehmende — bei allen Arten der Adoption — das 60. Lebensjahr zurückgelegt haben. Das preussische Recht²⁹⁾ fordert, daß der Annehmende das 50. Lebensjahr vollendet

²²⁾ Mot. S. 959.

²³⁾ Der Annehmende muß das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben und mindestens achtzehn Jahre älter sein als das Kind.

²⁴⁾ § 1603 Abs. 1. Der Annehmende muß das fünfzigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

§ 1604 Abs. 1. Der Anzunehmende muß mindestens achtzehn Jahre jünger sein als der Annehmende.

²⁵⁾ Gleichlautend mit dem Gesetz.

²⁶⁾ Gleichlautend mit dem Gesetz.

²⁷⁾ Dernburg, Pand., Bd. III. § 30.

²⁸⁾ I, 5. § 10 Nr. 3. § 11.

²⁹⁾ A. L. R. II, 2 §§ 668, 677.

habe — ebenso die Mehrzahl der neueren Gesetzgebungen —, begnügt sich aber bezüglich des Altersunterschieds damit, daß der Annehmende älter sei als der Anzunehmende.

§ 1744 ruht auf dem Grundgedanken, daß durch die Annahme an Kindesstatt auf künstlichem Wege ein Eltern- und Kindesverhältnis erzeugt werden soll.³⁰⁾ Es soll demnach eine Annahme an Kindesstatt im Allgemeinen nicht stattfinden, so lange noch die Möglichkeit und eine gewisse Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß der Annehmende eigene Kinder erziele; denn so lange liegt noch kein Bedürfnis für einen künstlichen Ersatz vor; auch soll im Interesse des Gemeinwesens die Schließung von Ehen nicht eingeschränkt werden. Dieser Gedanke liegt auch der 1 15 § 2 D. 1,7³¹⁾ zu Grunde. In dieser Begründung liegt auch der innere Zusammenhang mit dem Eingang des § 1741: wie dort das Vorhandensein ehelicher Abkömmlinge die Annahme an Kindesstatt hindert, so soll nach § 1744 eine solche erst dann stattfinden können, wenn die Erzielung ehelicher Nachkommenschaft ausgeschlossen zu sein scheint. Doch ist — wie wir später sehen werden — dieser Grundsatz im Bürgerlichen Gesetzbuch ebensowenig, wie im gemeinen Recht (1 15 § 2 D. 1,7), scharf durchgeführt.

Der vom Bürgerlichen Gesetzbuch geforderte Altersunterschied soll den Grundsatz zur Erscheinung zu bringen: *adoptio imitatur naturam*; er soll dem Annehmenden dem Kinde gegenüber die elterliche Autorität verleihen und das Entstehen eines wirklichen Eltern- und Kindesverhältnisses befördern. Aus diesen Gründen wurde ein in der Kommission für die zweite

³⁰⁾ Mot. S. 960 f.

³¹⁾ in adrogationibus cognitio vertitur, num forte minor sexaginta annis sit, qui adrogat; quia magis liberorum creationi studere debeat nisi forte morbus, aut valetudo in causa sit, aut alia iusta causa adrogandi: veluti si coniunctam sibi personam velit adoptare.

Lesung gestellter Antrag,³²⁾ der darauf abzielte, — wie im preussischen Landrecht — auf einen bestimmten Altersunterschied zu verzichten, abgelehnt.

Während das erwähnte Erfordernis des § 1741 keine Ausnahme durch Dispensation gestattet, regelt der § 1745³³⁾ die Dispensation von der Voraussetzung des Alters — und zwar ist diese nur in bestimmten Grenzen möglich — und von der der Altersdifferenz.

Bezüglich der Dispensationsbestimmungen weisen die Entwürfe gewisse Verschiedenheiten auf: es enthalten die entsprechenden Bestimmungen die §§ 1603 Absatz 2, 1604 Absatz 2, 1605 des I.,³⁴⁾ 1626 Absatz 2 des II.,³⁵⁾ 1721 des III. Entwurfs.³⁶⁾ § 1626 Absatz 2³⁷⁾ des II. Entwurfs hat die

³²⁾ Prot. S. 6283 f.

³³⁾ Von den Erfordernissen des § 1744 kann Befreiung bewilligt werden, von der Vollendung des fünfzigsten Lebensjahres jedoch nur, wenn der Annehmende volljährig ist. Die Bewilligung steht dem Bundesstaate zu, dem der Annehmende angehört; ist der Annehmende ein Deutscher, der keinem Bundesstaat angehört, so steht die Bewilligung dem Reichskanzler zu. Über die Erteilung der einem Bundesstaate zustehenden Bewilligung hat die Landesregierung zu bestimmen.

³⁴⁾ § 1618 Abs. 2. Im Falle der Volljährigkeit des Annehmenden ist Dispensation zulässig.

§ 1604 Abs. 2. Dispensation ist zulässig.

§ 1605. Die Befugnis zur Erteilung der nachden Vorschriften der §§ 1603, 1604 zulässigen Dispensation steht dem Staate zu. Ueber die Ausübung dieser Befugnis haben die Landesregierungen zu bestimmen.

³⁵⁾ Von diesen Erfordernissen kann Befreiung gewährt werden, von der Vollendung des fünfzigsten Lebensjahres jedoch nur, wenn der Annehmende volljährig ist.

³⁶⁾ § 1721 des III. Entwurfs. Von den Erfordernissen des § 1720 kann Befreiung bewilligt werden, von der Vollendung des fünfzigsten Lebensjahres jedoch nur, wenn der Annehmende volljährig ist. Die Bewilligung steht dem Bundesstaate zu, dem der Vater angehört; ist der Vater ein Deutscher, der keinem Bundesstaat angehört, so steht die Bewilligung dem Reichskanzler zu. Ueber die Erteilung der einem Bundesstaate zustehenden Bewilligung hat die Landesregierung zu bestimmen.

³⁷⁾ Reatz Bd. II. S. 197.

Zuständigkeitsfrage außer Acht gelassen, weil die Bestimmung, daß der Staat zur Erteilung der Dispensation zuständig ist, entbehrlich, die aber, daß die Landesregierungen über die Ausübung dieser Befugnis zu bestimmen hätten, als in das öffentliche Recht der Bundesstaaten eingreifend, nicht genügend begründet sei.

Was die Dispensation vom Erfordernis des Lebensalters anlangt, so läßt das Gesetz dieselbe zu mit der einzigen Einschränkung, daß der Annehmende volljährig sein muß.³⁸⁾ Das Bürgerliche Gesetzbuch³⁹⁾ trifft hier im Grundgedanken mit dem preussischen Landrecht zusammen: es soll nämlich in beiden Rechten die Dispensation für diejenigen Fälle ermöglicht werden, in denen die Erzielung eigener Kinder ausgeschlossen erscheint. Allein während das Allgemeine Landrecht II, 2 § 669 verlangt, daß nach dem körperlichen oder Gesundheitszustand des Annehmenden die Erzeugung natürlicher Kinder durch ihn nicht zu vermuten ist, läßt das Bürgerliche Gesetzbuch dem Ermessen innerhalb der oben erwähnten Schranken freien Spielraum.⁴⁰⁾ 1 15 § 2 D. 1,7³¹⁾ ist vorbildlich für das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches: so lange die Möglichkeit eigener Kindererzeugung besteht, soll regelmäßig die Annahme an Kindesstatt ausgeschlossen sein; doch soll die Möglichkeit bestehen, im konkreten Fall ex iusta causa diesen Satz außer Acht zu lassen. Eine Annahme an Kindesstatt durch einen noch nicht Volljährigen aber ist unbedingt ausgeschlossen, da in diesem Fall kein Bedürfnis zur Annahme an Kindesstatt vorliegt. In unbedingt schranken-

³⁸⁾ Selbstverständlich gilt dies auch für den, der nach § 3 für volljährig erklärt ist.

³⁹⁾ Mot. S. 960.

⁴⁰⁾ Stölzel S. 148. Die dem Landesherrn zustehende Dispensationsbefugnis ist dem Justizminister delegiert.

loser Weise dagegen läßt das Gesetz die Dispensation von dem Erfordernis des Altersunterschiedes zu.⁴¹⁾

Die Ausübung der Dispensationsbefugnis ist in beiden Fällen Gnadensache, d. h. es besteht kein Rechtsanspruch auf Erteilung der Dispensation, sondern lediglich für den Ausübungsbefugten die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen von der Ermächtigung des Gesetzes Gebrauch zu machen oder nicht.

Hier zeigt sich am schärfsten der Unterschied des römischen Rechts von dem des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Während die Normen des ersteren⁴²⁾ nur Direktiven für Gericht — soweit diesem etwa die Bestätigung zusteht: vergl. unten — und Regenten sind, nach denen sich Beide bei der Zulassung der Adoption oder Arrogation halten sollen, von denen sie aber in concreto stets ex iusta (ihrem eigenen Ermessen anheimgegebener) causa abweichen können, stellt das Bürgerliche Gesetzbuch in dem Bestreben, Sicherheit, Einheitlichkeit und Klarheit besonders im Hinblick auf die Künstlichkeit dieses Rechtsverhältnisses zu schaffen, absolut geltende Sätze auf, von denen nur in ganz wenigen Fällen auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung Umgang genommen werden kann.

Nach Absatz 2 und 3 des § 1745 soll die Bestimmung über die Erteilung der Dispensation der Regierung desjenigen Bundesstaats zustehen, dem der Annehmende angehört. Diese Sätze sind staatsrechtlicher Natur. Einerseits sind in diesen beiden Absätzen die Grenzen zwischen Reichs- und Landes-Zuständigkeit gezogen; andererseits liegt hier eine für das Landesstaatsrecht geltende speziellere Bestimmung insofern vor, als das Gesetz die Landesregierungen über die Erteilung

⁴¹⁾ Mot. S. 961.

⁴²⁾ Gruchot, Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, XXIII. Jahrgang, 1879: S. 324.

der Dispensation bestimmen läßt. In einem bestimmten Fall ist die Zuständigkeit des Reichskanzlers gegeben.

Ein in der Kommission für die zweite Lesung gestellter Antrag,⁴³⁾ welcher darauf abzielte, an der Stelle der Dispensation die gerichtliche Bestätigung auch beim Fehlen jener Erfordernisse aus besonderen Gründen zuzulassen, fand keinen Beifall; es wurde gegen denselben geltend gemacht, daß es sich im Gegensatz zu der gerichtlichen Bestätigung bei der Dispensation um öffentliche Interessen handle und daß die Dispensation um ihrer einheitlichen Anwendung willen in die Hand einer Centralbehörde zu legen sei.

In diesem Zusammenhange haben wir die Annahme an Kindesstatt durch ein Ehepaar, sowie durch den Ehegatten des Annehmenden zu betrachten, weil für beide Fälle der Annahme an Kindesstatt die unterscheidenden Merkmale in gewissen familienrechtlichen Beziehungen der Annehmenden liegen.

Diese beiden Fälle behandelt der § 1749,⁴⁴⁾ dem die gleichinhaltlichen §§ 1607 und 1608 des I.⁴⁵⁾ und die gleichlautenden §§ 1628 des II. und 1725 des III. Entwurfs vorangegangen sind.

Die Annahme an Kindesstatt durch ein Ehepaar ist der im praktischen Leben am häufigsten vorkommende Fall. Absatz

⁴³⁾ Prot. S. 6281 f.

⁴⁴⁾ Als gemeinschaftliches Kind kann ein Kind nur von einem Ehepaar angenommen werden. Ein angenommenes Kind kann, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht, nur von dem Ehegatten des Annehmenden an Kindesstatt angenommen werden.

⁴⁵⁾ § 1607. Wer an Kindesstatt angenommen ist, kann vor der Aufhebung des durch die Annahme begründeten Verhältnisses von einem Anderen als dem Ehegatten des Annehmenden an Kindesstatt nicht angenommen werden.

§ 1608. Nur Ehegatten können eine Person als gemeinschaftliches Kind annehmen.

1 des § 1749 steht sowohl mit dem gemeinen⁴⁶⁾ als mit dem preussischen Rechte⁴⁷⁾ im Einklang.

Die Möglichkeit, daß ein Ehepaar einen Anderen als gemeinschaftliches Kind annimmt, ist innerlich begründet durch die Natürlichkeit des dadurch entstehenden Rechtsverhältnisses: *adoptio imitatur naturam*. Diesem Grundsatz zuwiderlaufen würde es, wenn Absatz 1 des § 1749 den Fall einer gemeinschaftlichen Annahme an Kindesstatt nicht auf ein Ehepaar beschränken würde; auch würde in diesem Fall die Verteilung der Rechte und Pflichten unter die Annehmenden Schwierigkeiten und gekünstelte Beziehungen hervorrufen.⁴⁸⁾

Während im römischen Rechte eine weitere vollkommene Adoption die Wirkungen der ersten Adoption vollkommen aufhebt — denn im römischen Rechte beruht die Wirkung der vollkommenen Adoption wesentlich in der Begründung der väterlichen Gewalt und der agnatischen Beziehungen —, wäre nach allgemeinen Grundsätzen des Adoptionsrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch eine weitere Annahme an Kindesstatt durch einen beliebigen Dritten mit der Wirkung wohl möglich, daß die Wirkungen der ersten Annahme an Kindesstatt soweit bestehen blieben, als trotz dieser die Beziehungen zwischen dem Angenommenen und seiner natürlichen Familie bestehen bleiben. Doch hat das Gesetz, um dieses allzukünstliche Rechtsverhältnis zu vermeiden, eine weitere Annahme an Kindesstatt für den Angenommenen ausgeschlossen, da kein Bedürfnis für eine solche vorliegt. Eine Ausnahme von diesem Verbot hat § 1749 nur für den Fall gemacht, daß ein Kind von dem Ehegatten des Annehmenden angenommen werden soll; denn hier entsteht dasselbe, natür-

⁴⁶⁾ Stölzel S. 146 f.

⁴⁷⁾ A. L. R. II, 2. § 687.

⁴⁸⁾ Mot. S. 963.

liche Verhältnis wie bei der gemeinschaftlichen Annahme durch ein Ehepaar⁴⁹⁾ (§ 1757 Absatz 2).⁵⁰⁾

Das Bürgerliche Gesetzbuch stellt gewisse Anforderungen an die Person des Annehmenden; es verzichtet aber darauf, die Annahme an Kindesstatt von Voraussetzungen in der Person des Anzunehmenden abhängig zu machen. Dagegen verlangt das Gesetz, daß gewisse Voraussetzungen, die außerhalb der Vertragsteile liegen, erfüllt seien. Diese Voraussetzungen sind doppelter Art: einmal wird die Einwilligung dritter Personen gefordert, zum Anderen die Bestätigung durch das zuständige Gericht.

Die vom Gesetz geforderte Zustimmung dritter Personen soll uns im folgenden Abschnitt beschäftigen.

§ 4.

3) Die Einwilligung Dritter.

§ 1746 ¹⁾ stellt die Bestimmung auf, daß Ehegatten nur mit Einwilligung ihrer Ehegatten adoptieren oder adoptiert werden können; daß jedoch unter bestimmten Umständen von diesem Erfordernis abgesehen wird. Diesen Sätzen entspricht § 1606, 1609, 1611 Satz 1 des I. Entwurfs; ²⁾ gleichen Wort-

⁴⁹⁾ Mot. S. 962.

⁵⁰⁾ Wird von einem Ehepaar gemeinschaftlich ein Kind angenommen oder nimmt ein Ehegatte ein Kind des anderen Ehegatten an, so erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen ehelichen Kindes der Ehegatten.

¹⁾ Wer verheiratet ist, kann nur mit Einwilligung seines Ehegatten an Kindesstatt annehmen oder angenommen werden. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn der Ehegatte zur Abgabe einer Erklärung dauernd außer Stande oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

²⁾ § 1606. Ein Ehegatte kann nur mit Einwilligung des anderen Ehegatten an Kindesstatt annehmen.

§ 1609. Ein Ehegatte kann nur mit Einwilligung des anderen Ehegatten an Kindesstatt angenommen werden.

laut wie das Gesetz haben § 1627 des II., § 1722 des III. Entwurfs.

Nach preussischem Landrecht bedarf nur die Ehefrau der Einwilligung des Ehegatten; der Ehemann bedarf der Zustimmung seiner Ehefrau nicht; in diesem Fall behält jedoch die Frau ihr Erbrecht am Nachlaß des Mannes unverkürzt.³⁾

Dafs nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine verheiratete Person allein ein Kind annehmen kann, ergibt sich aus § 1746. Dafs ferner ein Ehepaar von Einer Person angenommen werden kann, ist — da in dieser Richtung kein Verbot besteht — selbstverständlich.⁴⁾

§ 1746 legt jedoch Ehegatten, die für sich annehmen oder angenommen werden wollen, eine Schranke auf, im Hinblick darauf, dafs das eheliche Leben, sowie die Verhältnisse des nicht annehmenden Ehegatten von einer solchen Annahme in tiefgreifendster Weise berührt werden können.⁵⁾

Die Vorschrift, dafs der Ehemann, um an Kindesstatt angenommen werden zu können, der Einwilligung der Ehefrau bedarf, enthält eine Neuerung im Vergleich zum geltenden Rechte;⁶⁾ ein Antrag, der, in der Kommission für die zweite Lesung gestellt, das Erfordernis der Einwilligung der Ehefrau zu der Annahme ihres Ehemannes an Kindesstatt beseitigen wollte, wurde in Rücksicht auf den bedeutenden Einfluß, den dieser Akt auf die persönlichen Verhältnisse des Angenommenen übe, abgelehnt.⁷⁾

§ 1611. Satz 1. Die in den §§ 1606, 1609, 1610 vorgeschriebene Einwilligung eines Dritten ist nicht erforderlich, wenn der Dritte gestorben oder für tot erklärt ist.

³⁾ A. L. R. II, 2. §§ 675, 676.

⁴⁾ Mot. S. 963.

⁵⁾ Mot. S. 961 f. 964.

⁶⁾ Mot. S. 963 f.

⁷⁾ Prot. S. 6285.

Lediglich auf die Seite des Anzunehmenden bezieht sich das im § 1747⁸⁾ des Gesetzes statuierte Erfordernis der elterlichen bzw. mütterlichen Einwilligung. Die entsprechenden Sätze finden sich in § 1610, 1611 Satz 1 des I.,⁹⁾ 1629 des II.,¹⁰⁾ 1723 des III. Entwurfs.¹¹⁾

Diese §§ unterscheiden sich vom Gesetze wesentlich dadurch, daß sie als die Altersgrenze, bis zu welcher die elterliche Genehmigung gefordert wird, das vollendete 25. Lebensjahr bezeichnen.

Die Sätze des § 1747 weichen vielfach von dem geltenden Rechte ab. Dem gemeinen Recht ist eine entsprechende Bestimmung fremd. Bezüglich des preussischen Rechts: vergl. die Bemerkungen zu § 1751 und Anmerkung 42.

⁸⁾ Ein eheliches Kind kann bis zur Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres nur mit Einwilligung der Eltern, ein uneheliches Kind kann bis zum gleichen Lebensalter nur mit Einwilligung der Mutter an Kindesstatt angenommen werden. Die Vorschrift des § 1736 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

⁹⁾ § 1610. Ein eheliches Kind kann nur mit Einwilligung seiner Eltern (seines Vaters und seiner Mutter), ein uneheliches Kind kann nur mit Einwilligung seiner Mutter an Kindesstatt angenommen werden. Die Vorschriften des ersten Absatzes finden keine Anwendung, wenn das Kind das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, oder sein Familienstand nicht zu ermitteln ist.

§ 1611. Satz 1: Siehe Anmerkung 2.

¹⁰⁾ Ein eheliches Kind kann nur mit Einwilligung seiner Eltern (seines Vaters und seiner Mutter), ein uneheliches Kind kann nur mit Einwilligung seiner Mutter an Kindesstatt angenommen werden. Die Vorschrift des § 1627 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn das Kind das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

¹¹⁾ Ein eheliches Kind kann bis zur Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres nur mit Einwilligung der Eltern, ein uneheliches Kind kann bis zum gleichen Lebensalter nur mit Einwilligung der Mutter an Kindesstatt angenommen werden. Die Vorschrift des § 1722 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 1747 ¹²⁾ ruht auf dem Grundgedanken, daß die Eltern des Adoptierten von dessen Annahme aufs tiefste mitberührt werden, und daß die Annahme an Kindesstatt ein Rechtsakt ist, der außerhalb des regelmässigen Lebensganges eines Menschen liegt; insbesondere erschien es dem Gesetzgeber als billig, sich hier nicht auf die Einwilligung des Vaters zu beschränken, sondern auch den berechtigten Wünschen und Interessen der Mutter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In diesem Punkte weicht das Gesetz also vom preussischen Landrecht, welches die mütterliche Einwilligung nicht fordert, ab.

Bezüglich der Altersgrenze, bis zu welcher die elterliche Einwilligung gefordert wird, haben schon die Entwürfe und noch mehr das Gesetz engere Grenzen gezogen, als das preussische Landrecht, welches die väterliche Genehmigung bis zu seinem Tode notwendig macht. Wenn der erste Entwurf — Motive S. 965 — befürchtet, daß durch die Beschränkung auf das Alter der Volljährigkeit die elterliche Ehebewilligung illusorisch gemacht werden könne, so ist das doch wohl keine begründete Besorgnis. Andererseits aber hiefse es doch allzutief in die persönliche Freiheit eines Volljährigen eingreifen, wenn man ihn bis zu seinem vollendeten 25. Lebensjahr an die elterliche Zustimmung binden wollte.

Daß ein uneheliches Kind der Einwilligung der Mutter bedarf, entspricht dem § 1705 ¹³⁾ des Gesetzes. Ein durch Ehelichkeits-Erklärung legitimiertes Kind bedarf sowohl der Einwilligung der unehelichen Mutter auf Grund des § 1737

¹²⁾ Mot. S. 964 f.

¹³⁾ Das uneheliche Kind hat im Verhältnisse zu der Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes.

Absatz 2,¹⁴⁾ als auch der des Vaters nach § 1736.¹⁵⁾ ¹⁶⁾ Nicht stichhaltig ist der von den Motiven zum I. Entwurf (S. 965) für die mütterliche Einwilligung in diesem Fall ins Feld geführte Grund, daß das Kind trotz der Ehelichkeitserklärung nicht aufhöre, ein uneheliches Kind zu sein; denn gegen diese Auffassung spricht § 1583 Absatz 2 des I. Entwurfs,¹⁷⁾ § 1736 des Gesetzes. Freilich kann die Thatsache der außerehelichen Geburt durch eine juristische Fiktion nicht aus der Welt geschafft werden; aber vor dem Gesetz kommt diese nicht mehr in Betracht, so weit ihre Wirkungen nicht — wie in § 1737 Absatz 2 — ausdrücklich beibehalten sind.

Während die §§ 1746, 1747 die materiell-rechtlichen Bestimmungen über die Einwilligung Dritter enthalten, regelt § 1748¹⁸⁾ die formale Seite für die Einwilligungserklärungen. Die analogen Bestimmungen enthalten die §§ 1614, 1616 Absatz 2 des I.,¹⁹⁾ 1636 des II.²⁰⁾ und der mit dem Gesetz

¹⁴⁾ Die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Verwandtschaftsverhältnisse zwischen dem Kinde und seinen Verwandten ergeben, bleiben unberührt, soweit nicht das Gesetz ein Anderes vorschreibt.

¹⁵⁾ Durch die Ehelichkeitserklärung erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes.

¹⁶⁾ Mot. S. 965.

¹⁷⁾ Durch die Ehelichkeitserklärung erlangt das uneheliche Kind von der Zeit derselben an die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes seines Vaters, soweit nicht aus dem Gesetze ein Anderes sich ergibt.

¹⁸⁾ Die Einwilligung der in den §§ 1746, 1747 bezeichneten Personen hat dem Annehmenden oder dem Kinde oder dem für die Bestätigung des Annahmevertrages zuständigen Gerichte gegenüber zu erfolgen; sie ist unwiderruflich. Die Einwilligung kann nicht durch einen Vertreter erteilt werden. Ist der Einwilligende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. Die Einwilligungserklärung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.

¹⁹⁾ § 1614. Die nach den §§ 1606, 1609 bis 1611 erforderliche Einwilligung oder Genehmigung eines Dritten kann nicht durch einen Vertreter, insbesondere auch nicht durch den gesetzlichen Vertreter, er-

gleichlautende § 1724 des III. Entwurfs. § 1636 des II. Entwurfs unterscheidet sich von § 1614 des I. wesentlich dadurch, daß er den Schlufs des § 1614 („es sei denn, daß“) weggelassen hat. Es war hierfür die Erwägung maßgebend, daß das Hauptgewicht auf der Gestaltung der persönlichen Verhältnisse der Eltern und des Kindes liege und daß die geringfügigeren vermögensrechtlichen Folgen, die nicht einmal direkt durch Rechtsgeschäft herbeigeführt würden, sondern als gesetzliche Folge einträten, nur sekundärer Natur seien.²¹⁾

Der § 1748 fordert, daß die Einwilligung dem Annehmenden oder dem Kinde oder dem bestätigenden Gerichte gegenüber erfolge, während sich der Entwurf I. auf die beiden erstgenannten Personen beschränkt. In dieser Richtung enthält das Gesetz eine Modifikation des § 182 Absatz 1;²²⁾

folgen. Ist der Dritte in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er zu der Einwilligung oder Genehmigung nicht der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, es sei denn, daß dem Dritten als Inhaber der elterlichen Gewalt über den Anzunehmenden die elterliche Nutznießung zusteht.

§ 1616 Abs. 2. Die nach den §§ 1606, 1609 bis 1611 erforderliche Einwilligung oder Genehmigung eines Dritten muß in gerichtlicher oder notarieller Form erklärt und gegenüber dem einen oder anderen Vertragschließenden abgegeben werden. Die Einwilligung des Dritten ist unwiderruflich.

²⁰⁾ § 1636. Die Einwilligung der in den §§ 1627, 1629 bezeichneten Personen bedarf der gerichtlichen oder notariellen Form. Sie ist dem Annehmenden oder dem Kinde oder dem für die Bestätigung des Annahmevertrags zuständigen Gerichte gegenüber zu erklären; die Erklärung ist unwiderruflich. Die Einwilligung kann nicht durch einen Vertreter erteilt werden. Ist der Einwilligende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

²¹⁾ Reatz II. S. 200.

²²⁾ Hängt die Wirksamkeit eines Vertrages oder eines einseitigen Rechtsgeschäfts, das einem Anderen gegenüber vorzunehmen ist, von der Zustimmung eines Dritten ab, so kann die Erteilung sowie die Verweigerung der Zustimmung sowohl dem einen als dem anderen Teile gegenüber erklärt werden.

eine Ausnahme von Absatz 2 ²³⁾ desselben § enthält Absatz 3 des § 1748, indem derselbe die Einwilligungserklärung ebenso der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung unterwirft, wie den Abschluß des Annahmevertrages. Die Einwilligungserklärung hat nicht „vor“, sondern nur „gegenüber“ dem Annehmenden u. s. w. zu erfolgen. Der Satz, daß diese Erklärung unwiderruflich sei, begründet eine Ausnahme von § 183. ²⁴⁾ Dadurch, daß Absatz 2 des § 1748 die Erteilung der Einwilligung durch einen Vertreter verbietet, ist nur die Vertretung im Willen, nicht aber auch die in der Erklärung des Willens angeschlossen.

Durch die Bestimmung, wem gegenüber die Einwilligung zu erfolgen hat, ist der Anfechtungsgegner nach § 143 Absatz 1 und 3 bestimmt. ²⁵⁾ ²⁶⁾ Die Vorschrift der Unwiderruflichkeit dieser Erklärung soll der Rechtssicherheit dienen, indem dadurch die Hinfälligkeit des ganzen Verfahrens durch einen Widerruf vermieden wird. ²⁷⁾

Die Sätze des Absatz 2 beruhen auf dem Gedanken, daß es sich bei der Erteilung dieser Einwilligung um die Ausübung einer höchst persönlichen Befugnis handelt, die daher auch

²³⁾ Die Zustimmung bedarf nicht der für das Rechtsgeschäft bestimmten Form.

²⁴⁾ Die vorherige Zustimmung (Einwilligung) ist bis zur Vornahme des Rechtsgeschäfts widerruflich, soweit nicht aus dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Rechtsverhältnisse sich ein Anderes ergibt. Der Widerruf kann sowohl dem einen als dem anderen Teile gegenüber erklärt werden.

²⁵⁾ § 143 Abs. 1. Die Anfechtung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner.

²⁶⁾ § 143 Abs. 3. Bei einem einseitigen Rechtsgeschäfte, das einem Anderen gegenüber vorzunehmen war, ist der Andere der Anfechtungsgegner. Das Gleiche gilt bei einem Rechtsgeschäfte, das einem Anderen oder einer Behörde gegenüber vorzunehmen war, auch dann, wenn das Rechtsgeschäft der Behörde gegenüber vorgenommen worden ist.

²⁷⁾ Mot. S. 972.

aus der eigenen und selbständigen Entschliessung des Einwilligenden hervorgehen soll.²⁸⁾ Beide Sätze enthalten Ausnahmen von den allgemeinen Regeln, welche für die Vertretung und für die Zustimmung gesetzlicher Vertreter gelten.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Rechtsakts und in dem Streben nach möglichster Rechtssicherheit auf dem Gebiete der Annahme an Kindesstatt fordert Absatz 3 die gerichtliche oder notarielle Beurkundung der Einwilligungserklärung.²⁹⁾

Im Interesse gewisser dritter Personen, deren Verhältnisse von der Annahme an Kindesstatt wesentlich beeinflusst werden, wird deren Einwilligung zu diesem Rechtsgeschäft vom Gesetz gefordert. Wesentlich dem öffentlichen Interesse dagegen dient das Erfordernis der gerichtlichen Bestätigung, dessen Darstellung den folgenden Abschnitt bilden soll.

§ 5.

4) Die gerichtliche Bestätigung,

Diese Lehre enthält § 1741 Satz 2, § 1753 und § 1754¹⁾ des Gesetzes. Diese §§ stimmen im Wesentlichen überein mit

²⁸⁾ Mot. S. 970.

²⁹⁾ Mot. S. 972.

¹⁾ § 1741 Satz 2. Der Vertrag bedarf der Bestätigung durch das zuständige Gericht.

§ 1753. Die Bestätigung des Annahmevertrags kann nicht nach dem Tode des Kindes erfolgen. Nach dem Tode des Annehmenden ist die Bestätigung nur zulässig, wenn der Annehmende oder das Kind den Antrag auf Bestätigung bei dem zuständigen Gerichte eingereicht oder bei oder nach der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung des Vertrags das Gericht oder den Notar mit der Einreichung betraut hat. Die nach dem Tode des Annehmenden erfolgte Bestätigung hat die gleiche Wirkung, wie wenn sie vor dem Tode erfolgt wäre.

§ 1754. Die Annahme an Kindesstatt tritt mit der Bestätigung in Kraft. Die Vertragschließenden sind schon vor der Bestätigung gebunden. Die Bestätigung ist nur zu versagen, wenn ein gesetzliches Erfordernis der Annahme an Kindesstatt fehlt. Wird die Bestätigung endgültig versagt, so verliert der Vertrag seine Kraft.

den §§ 1617, 1618, 1619 des I.,²⁾ 1632, 1637 des II.,³⁾ wörtlich mit den §§ 1717 Satz 2, 1729, 1730 des III. Entwurfs.

Das Bürgerliche Gesetzbuch weicht in diesem Punkte bedeutend von den Sätzen des gemeinen Rechtes ab. Im gemeinen Recht erfolgt die Arrogation sowie die Adoption durch eine Frau durch landesherrliches Reskript. Es steht dem Landesherrn auch bei Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen frei, nach eigenem Ermessen das Gesuch zurückzuweisen, wenn dessen Bewilligung ihm unzweckmäfsig erscheint. Es richtet sich diese Untersuchung besonders auf die Frage, ob die persönlichen Verhältnisse des Annehmenden und

²⁾ § 1617. Zur Wirksamkeit des Annahmevertrages ist erforderlich, daß die Bestätigung desselben durch das zuständige Gericht hinzutritt. Mit der Bestätigung tritt die Annahme an Kindesstatt in Kraft. Die Vertragschließenden sind jedoch an den Vertrag schon vor der Bestätigung gebunden; sie hören auf gebunden zu sein, wenn die Bestätigung rechtskräftig versagt ist.

§ 1618. Die Annahme an Kindesstatt wird nicht wirksam, wenn der Annehmende oder der Anzunehmende vor der Bestätigung des Annahmevertrages gestorben ist.

§ 1619. Die Bestätigung des Annahmevertrages ist nur dann zu versagen, wenn ein gesetzliches Erfordernis der Annahme an Kindesstatt mangelt.

³⁾ § 1632. Der Annahmevertrag bedarf der Bestätigung durch das zuständige Gericht. Die Bestätigung ist nur dann zu versagen, wenn ein gesetzliches Erfordernis der Annahme an Kindesstatt fehlt. Die Annahme an Kindesstatt tritt mit der Bestätigung in Kraft. Die Vertragschließenden sind schon vor der Bestätigung gebunden. Mit der endgültigen Versagung der Bestätigung verliert der Vertrag seine Kraft.

§ 1637. Die Bestätigung des Annahmevertrages kann nicht nach dem Tode des Kindes erfolgen. Nach dem Tode des Annehmenden ist die Bestätigung nur zulässig, wenn der Annehmende oder das Kind den Antrag auf Bestätigung bei dem zuständigen Gericht eingereicht oder bei oder nach der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung des Vertrags das Gericht oder den Notar mit der Einreichung betraut hat. Die nach dem Tode des Annehmenden erfolgte Bestätigung hat die gleiche Wirkung, wie wenn sie vor dem Tode erfolgt wäre.

die sonstigen Umstände günstige Wirkungen für den Annehmenden — insbesondere wenn dieser minderjährig ist — erwarten lassen.⁴⁾ Streitig ist, ob die Adoption im engeren Sinne lediglich eine Erklärung zu gerichtlichem Protokoll oder die gerichtliche Bestätigung erfordert. Stellt man sich auf letzteren Standpunkt, so steht dem Gericht hier lediglich die Prüfung darüber zu, ob die gesetzlichen Erfordernisse der Adoption vorhanden sind.⁵⁾

Nach preussischem Landrecht⁶⁾ ist der schriftliche Vertrag von dem Amtsgericht des Wohnorts des Annehmenden zu prüfen und zu bestätigen.⁷⁾ Diese Bestätigung ist ein wesentliches Erfordernis der Annahme an Kindesstatt. Sind die gesetzlichen Erfordernisse der Annahme an Kindesstatt gegeben, so muß die gerichtliche Bestätigung erteilt werden.⁸⁾ Die Vertragschließenden sind mit dem Vertragsschluß gebunden; die Bestätigung wirkt auf die Zeit desselben zurück. Der Vertragsschluß ist schon vor der Erteilung der Bestätigung perfekt; die Bestätigung stellt nur das Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen z. Z. des Vertragsschlusses fest. Deshalb ist der Vertrag auch dann zu bestätigen, wenn der Annehmende gestorben ist, nachdem er den Vertrag dem Gericht zur Bestätigung vorgelegt hat.

Die Normierung des Bürgerlichen Gesetzbuches ruht in der Hauptsache auf derselben Grundlage wie das preussische Recht.

Das materielle Erfordernis der gerichtlichen Bestätigung

⁴⁾ Mot. S. 977. Windscheid II. § 523.

⁵⁾ Mot. S. 972, 977. Windscheid II. § 523. Arndts Pand. § 424. Stölzel S. 145, 146.

⁶⁾ F.-Eccius Bd. IV. § 220.

⁷⁾ A. L. R. II, 2 § 667. A. G. zum G.-V.-G. vom 4. April 1878 § 26 Nr. 2.

⁸⁾ A. L. R. II, 2 § 667 verb. mit der preufs. A. G.-O. II, 2 § 28, II, 3 § 22.

stellt der Satz 2 des § 1741 auf. Es ist notwendig, daß die Bestätigung bei Strafe der Nichtigkeit von dem zuständigen Gericht erteilt wird. Über die Zuständigkeitsfrage selbst enthält das Gesetz keine Bestimmung; es ist danach — soweit eine solche nicht in dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit enthalten sein wird — Sache der Landesgesetzgebung, diese Lücke auszufüllen.⁹⁾

Die rechtliche Bedeutung und Natur, sowie die Beziehungen der Bestätigung zum Annahmevertrag regelt der § 1754 des Gesetzes.

Die Annahme an Kindesstatt tritt mit der Bestätigung in Kraft,¹⁰⁾ also nicht erst mit der Eintragung in das Zivilstandsregister (§ 26 des Reichs-Gesetzes vom 6. Februar 1875¹¹⁾). Eine Frist zur Eintragung, sowie eine anderweitige Veröffentlichung der Adoption ist nicht vorgeschrieben. Es findet eine Rückziehung der Bestätigung auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses, wie es im preussischen Recht der Fall ist, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht statt. Erst, wenn das letzte Erfordernis erfüllt ist, tritt die Annahme in Kraft. Nur ausnahmsweise wird die Bestätigung auf die Zeit vor dem Tode des Annehmenden zurückbezogen: im Falle des § 1753 Absatz 3.

Trotzdem sind die Vertragsschließenden schon vor der Bestätigung an den Vertrag gebunden; daraus ergibt sich, daß die Bestätigung vom Vertragsschluß scharf zu scheiden ist. Die Bestätigung steht in gar keinem inneren Zusammenhang mit dem Vertrag; sie ergänzt nicht die Willenserklärungen

⁹⁾ Mot. S. 974.

¹⁰⁾ Mot. S. 974.

¹¹⁾ Wenn die Feststellung der Abstammung eines Kindes erst nach Eintragung des Geburtsfalles erfolgt, oder die Standesrechte durch Legitimation, Annahme an Kindesstatt, oder in anderer Weise eine Veränderung erleiden, so ist dieser Vorgang, sofern er durch öffentliche Urkunden nachgewiesen wird, auf Antrag eines Beteiligten am Rande der über den Geburtsfall vorgenommenen Eintragung zu vermerken.

der Vertragsschließenden und macht ihn nicht erst zu einem vollkommenen Rechtsakt. Sie steht zu ihm nur in dem losen, äußeren Zusammenhange, daß sie nur dann erteilt wird, wenn der Vertrag den für ihn geltenden gesetzlichen Ansprüchen genügt, in einem Zusammenhange, in welchem sie in gleicher Weise auch zu den übrigen gesetzlichen Erfordernissen der Annahme an Kindesstatt steht. Die Vertragsschließenden sind an den Vertrag bereits mit dessen Abschluß, nicht aber erst in dem Augenblick gebunden, in welchem er dem Gericht zur Bestätigung vorgelegt wird.¹²⁾ Der Vertrag behält seine Wirksamkeit bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung, durch die die Bestätigung versagt wird. In welcher Weise dies zu geschehen hat, ist im Gesetz nicht geregelt; es ist dies eine Frage, deren Lösung dem Landesrecht, bzw. dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit zusteht.

Aufgabe des bestätigenden Gerichtes ist lediglich, das Vorhandensein der gesetzlichen Erfordernisse zu prüfen und festzustellen. Wie diese Bestätigung selbst ein gesetzliches Erfordernis der Annahme an Kindesstatt bildet, so ist ihr Inhalt der, das Vorhandensein der übrigen zu deklarieren. Dem Umstand, daß die Untersuchung der Zweckmäßigskeitsfrage außerhalb dieser Bestätigung liegt, entspricht es, daß dieselbe den Gerichten überwiesen ist. Würden auch diese zu erwägen sein, so wäre eine Unsicherheit in der Erteilung dieser Bestätigung zu befürchten. Der Zweck, den das Gesetz hier verfolgt, ist der, besonders im öffentlichen Interesse ungültigen Adoptionen vorzubeugen. Die Erteilung der Bestätigung geschieht durch einen Akt der Staatsgewalt.¹³⁾

Im Gegensatz zu § 1618 des I. Entwurfs kann die gerichtliche Bestätigung nach § 1753 unter bestimmten Voraus-

¹²⁾ Mot. S. 974 f. Prot. S. 6291 f.

¹³⁾ Mot. S. 973, 975, 977 f.

setzungen auch erfolgen, wenn der Annehmende bereits gestorben ist. Mit Recht läßt auch das Gesetz die Bestätigung nicht mehr zu, wenn das Kind bereits gestorben ist; denn da für dieses die Begründung eines persönlichen Verhältnisses im Mittelpunkte der Wirkungen steht, dieses sich aber nach seinem Tode nicht mehr erreichen läßt, so kann auch von dem Inkrafttreten der Annahme an Kindesstatt vernünftigerweise keine Rede mehr sein; dagegen lassen sich mancherlei Interessen des Annehmenden denken, die auch nach seinem Tode noch verwirklicht werden können, wie die Fortpflanzung seines Namens und seiner Familie oder der Wunsch, dem Kinde eine Wohlthat zu erweisen.¹⁴⁾

Keinem Zweifel unterliegt es, daß eine zwischen dem Vertragsschlusse und der gerichtlichen Bestätigung eintretende Geschäftsunfähigkeit des Annehmenden oder des Kindes für den Vertrag bedeutungslos ist, da die Vertragsteile ja bereits an den Vertrag gebunden sind. (§ 130 Absatz 2.)¹⁵⁾ ¹⁶⁾

Absatz 3 des § 1753 enthält eine Ausnahme von dem in Satz 1 des § 1754 ausgesprochenen Grundsatz: denn durch jenen Satz wird die Bestätigung und damit das Inkrafttreten der Annahme an Kindesstatt durch eine juristische Fiktion auf die Zeit vor dem Tode des Annehmenden zurückgezogen, so daß nunmehr auch die durch die Annahme an Kindesstatt bedingten erbrechtlichen Folgen eintreten.

Nachdem wir nun im Einzelnen gesehen haben, welche Voraussetzungen im Bürgerlichen Gesetzbuch für die Annahme an Kindesstatt gelten, haben wir noch kurz einen Blick auf diejenigen Sätze zu werfen, welche im Fall des Vorhandenseins gewisser Mängel in den Voraussetzungen im Gesetz aufgestellt sind.

¹⁴⁾ Vgl. Mot. S. 976 f.

¹⁵⁾ Auf die Wirksamkeit der Willenserklärung ist es ohne Einfluß, wenn der Erklärende nach der Abgabe stirbt oder geschäftsunfähig wird.

¹⁶⁾ Mot. S. 976.

§ 6.

5) Mängel in den Voraussetzungen.

Von der Anfechtbarkeit des Annahmevertrags und der Einwilligung Dritter nach § 1746 und § 1747 handelt § 1755¹⁾ des Gesetzes. Derselbe steht in sachlicher Uebereinstimmung mit § 1630 des I., ²⁾ 1652 des II.³⁾ Entwurfs und hat denselben Wortlaut wie § 1731 des III. Entwurfs. Die beiden ersten Entwürfe unterscheiden sich von der späteren Fassung der betreffenden Bestimmungen dadurch, daß in jenen bereits die entsprechenden Sätze über die Aufhebung der Annahme an Kindesstatt mit aufgenommen sind, während das Gesetz diese letzteren erst in § 1770 (siehe unten!) nachholt. Was den Inhalt des § 1755 des Gesetzes anlangt, so finden hier auf Anfechtung und Bestätigung im Ganzen die allgemeinen Sätze Anwendung. Die Anwendbarkeit der Sätze, auf die § 1755 verweist, beruht auch hier auf der höchst persönlichen Natur wie auf der Wichtigkeit der in Frage stehenden Rechtshandlungen.⁴⁾

¹⁾ Ist der Annahmevertrag oder die Einwilligung einer der in den §§ 1746, 1747 bezeichneten Personen anfechtbar, so gelten für die Anfechtung und für die Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgegeschäfts die Vorschriften des § 1748 Abs. 2, des § 1750 Abs. 1 und des § 1751.

²⁾ In Ansehung der Anfechtung des Annahmevertrages und des Vertrages über die Aufhebung des durch die Annahme an Kindesstatt begründeten Verhältnisses sowie in Ansehung der Anfechtung der nach den §§ 1606, 1609 bis 1611 erforderlichen Einwilligung oder Genehmigung eines Dritten, ingleichen in Ansehung der Genehmigung des anfechtbaren Rechtsgeschäftes finden die Vorschriften des § 1612, des § 1613 Abs. 1, 2 und des § 1614 entsprechende Anwendung.

³⁾ Auf die Anfechtung des Annahme- oder des Aufhebungsvertrags, auf die Anfechtung der Einwilligung der in den §§ 1627, 1629 bezeichneten Personen, sowie auf die Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts, finden die Vorschriften der §§ 1633, 1634, und des § 1636 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

⁴⁾ Mot S. 1001.

§ 1756 ⁵⁾ des Gesetzes, der wörtlich mit den §§ 1638 des II. und 1732 des III. Entwurfs übereinstimmt, enthält für einen bestimmten Fall des Irrtums eine Ausnahme von den allgemeinen über die Wirkungen des Irrtums geltenden Sätzen. Die Norm dieses § ergänzt die §§ 1746 und 1747, indem sie deren Schlufssätze im Interesse der Rechtssicherheit ausdehnt.

II. Die Wirkungen.

Wenn wir die Lehre von den Erfordernissen der Annahme an Kindesstatt im Bürgerlichen Gesetzbuch mit dem geltenden Rechte und mit der rechtsgeschichtlichen Entwicklung vergleichen, so finden wir eine bunte Mannigfaltigkeit einzelner Verschiedenheiten. Eine ungleich gröfsere Stetigkeit und Einfachheit der Entwicklung dagegen zeigt sich auf dem Gebiete der Wirkungen der Annahme an Kindesstatt. Im Mittelpunkt der römisch-rechtlichen Adoptionslehre steht die Begründung der väterlichen Gewalt für den *parens adoptans*. Wie aber schon das spätere römische Recht einzelne Fälle der Adoption ohne väterliche Gewalt kennt, so tritt im gemeinen Recht die Begründung des Eltern- und Kindes-Verhältnisses, als dessen Folge nur im konkreten Fall die Begründung der väterlichen Gewalt erscheint, immer mehr in den Vordergrund, bis jene schliesslich als der eigentliche Zweck der Annahme an Kindesstatt erscheint. Auf diesen Standpunkt haben sich fast ausnahmslos die neueren Gesetzgebungen gestellt. Auch für das Bürgerliche Gesetzbuch ist der leitende Gedanke der: der Angenommene erhält durch die

⁵⁾ Auf die Wirksamkeit der Annahme an Kindesstatt ist es ohne Einfluß, wenn bei der Bestätigung des Annahmevertrags mit Unrecht angenommen worden ist, daß eine der in den §§ 1746, 1747 bezeichneten Personen zur Abgabe einer Erklärung dauernd außer Stande oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt sei.

Annahme an Kindesstatt die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden, soweit sich nicht aus dem Gesetz etwas Anderes ergibt.

Im Folgenden betrachten wir:

- 1) die Wirkungen auf die Vertragsteile;
- 2) die Wirkungen auf gewisse dritte Personen;
- 3) die vertragsmäßige Beschränkung der Wirkungen.

§ 7.

1) Die Wirkungen auf die Vertragsteile.

Den Grundgedanken des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezüglich der Wirkungen der Annahme an Kindesstatt spricht § 1757¹⁾ aus, welcher dem Angenommenen die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden verleiht; inhaltlich stimmt mit diesem der § 1601 Absatz 1 und der § 1621 des I.,²⁾ wörtlich der § 1639 des II. und der § 1753 des III. Entwurfs überein.

In dieser Richtung hat sich — wie oben angedeutet — in der Geschichte des Adoptionsrechts die bedeutsamste Umbildung vollzogen. Im römischen Rechte war die Annahme an Kindesstatt im Wesentlichen ein Mittel zur Begründung der

¹⁾ Durch die Annahme an Kindesstatt erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden. Wird von einem Ehepaare gemeinschaftlich ein Kind angenommen, oder nimmt ein Ehegatte ein Kind des anderen Ehegatten an, so erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen ehelichen Kindes der Ehegatten.

²⁾ § 1601 Abs. 1. Durch Annahme an Kindesstatt erlangt der Angenommene die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden, soweit nicht aus dem Gesetz ein Anderes sich ergibt.

§ 1621. Wird während bestehender Ehe von einem Ehegatten das Kind des anderen Ehegatten oder von beiden Ehegatten dieselbe Person an Kindesstatt angenommen, so erlangt der Angenommene die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen ehelichen Kindes beider Ehegatten nach Maßgabe der §§ 1601, 1620.

väterlichen Gewalt. Allein wie schon das spätere römische Recht Fälle aufweist — die Adoption durch eine Frau und die *adoptio minus plena* —, in denen ein Kindesverhältnis ohne väterliche Gewalt begründet wird, so ist dies in noch weiterem Umfange im gemeinen Recht der Fall: Wird ein durch eigenen Haushalt selbständig gewordener Mann oder eine verheiratete Frau arrogiert, so entsteht lediglich ein Kindesverhältnis ohne väterliche Gewalt; ferner bleibt bei der deutschrechtlichen Emancipation des Adoptivkindes das Kindesverhältnis ohne väterliche Gewalt bestehen. Es hat sich nunmehr nach der richtigen, aber vielfach bestrittenen Anschauung im gemeinen Rechte eine Wandlung dahin vollzogen, daß die primäre Wirkung der Annahme an Kindesstatt die Begründung des Kindesverhältnisses, die Entstehung der väterlichen Gewalt — soweit diese überhaupt statthat — aber nur die Folge jener primären Wirkung ist.³⁾ Während im römischen Rechte die väterliche Gewalt und das auf dieser beruhende Agnationsverhältnis Bedingung und Grundlage für das Erbrecht der Angenommenen bilden, beruht letzteres im heutigen gemeinen Recht — unabhängig von der väterlichen Gewalt — auf dem durch die Annahme geschaffenen Kindesverhältnis.⁴⁾

In den Grundlagen stimmt das preussische Landrecht mit dem heutigen gemeinen Rechte überein. Durch die Annahme an Kindesstatt erlangt das Kind principiell die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden.⁵⁾ Doch erlangen die Adoptiveltern nicht die leiblichen Eltern gegenüber ihren Kindern zukommenden Vermögensrechte.⁶⁾ Der Adoptivvater hat nicht den Nießbrauch und die Verwaltung des Kindes-

³⁾ Mot. S. 954 f.

⁴⁾ R. - G. B. VI. Nr. 45. — Dagegen R. - G. B. XXXI Nr. 39. — Näheres: Dernburg Pand. Bd. III. § 30, § 135. Windscheid Bd. II. § 524.

⁵⁾ A. L. R. II, 2 § 681.

⁶⁾ I. c. §§ 691, 692, 694.

vermögens. Andererseits hat aber das Kind gegenüber den Adoptiveltern dieselben Vermögensansprüche, insbesondere Erb- und Pflichtteils-Rechte wie ein leibliches Kind. Die aus dem leiblichen Elternverhältnis entspringenden persönlichen Rechte und Pflichten bestehen auch beim Adoptivverhältnis. Der Adoptivvater erhält die väterliche Gewalt bezüglich der aus ihr entspringenden persönlichen Rechte.⁷⁾

Auch die übrigen neueren Gesetzbücher fassen in überwiegender Mehrzahl die Annahme an Kindesstatt als ein Mittel zur Begründung des Eltern- und Kindesverhältnisses auf, durch welches — wenigstens prinzipiell — dasselbe Rechtsverhältnis geschaffen wird, das zwischen Eltern und ihren ehelichen Kindern besteht. Einen engeren Standpunkt nimmt hier das französische Recht ein, indem der code civil die Adoption, die übrigens grundsätzlich nur bei einem volljährigen Kinde möglich ist, nur mit einzelnen familienrechtlichen Wirkungen ausstattet.⁸⁾

So schließt sich also die Normierung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in natürlicher Weise an das geschichtlich gewordene gemeine, wie an das partikuläre Recht an.

Der Grundsatz des § 1757 regelt die gegenseitigen Beziehungen der Personen, auf welche sich die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt — vergleiche § 1762⁹⁾ — erstrecken: er normiert im Prinzip die beiderseitigen Rechte und Pflichten. Dafs aber dieses Prinzip nicht in vollster Konsequenz durchgeführt ist, wird die weitere Darstellung ergeben. Die in Absatz 2 des § 1757 enthaltene Regelung entspricht, wie die

⁷⁾ Dernburg, Preufs. Pr.-R. Bd. III. § 63.

⁸⁾ Mot. S. 955 f.

⁹⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich auf die Abkömmlinge des Kindes. Auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandenen Abkömmling und dessen später geborene Abkömmlinge erstrecken sich die Wirkungen nur, wenn der Vertrag auch mit dem schon vorhandenen Abkömmlinge geschlossen wird.

Motive¹⁰⁾ zum I. Entwurfe mit Recht sagen, der Sachlage und der Absicht der Ehegatten, und stellt die Konsequenz des im § 1757 Absatz 1 ausgesprochenen Grundsatzes dar.

Absatz 2 stellt den Fall, daß ein Ehegatte ein Kind des anderen annimmt, dem Fall gemeinschaftlicher Annahme in der Wirkung gleich. Fischer-Henle beschränkt in seiner Ausgabe — Anmerkung 5 zu § 1757 — diesen Fall auf die Annahme des ehelichen Kindes eines Ehegatten durch den anderen. Allein mit Unrecht. Vielmehr ist die Wirkung des Absatzes 2 auch dann anzunehmen, wenn der Ehegatte das uneheliche Kind seiner Ehefrau annimmt; dies ist die Meinung der Motive¹⁰⁾ und entspricht dem Grundsatz des § 1705, nach welchem das uneheliche Kind im Verhältnis zur Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen einnimmt. Es ist hier zu beobachten, daß in dem Falle der Annahme des leiblichen Kindes eines Ehegatten nur der andere Gatte Annehmender ist, also nur bezüglich seiner Person die Voraussetzungen der Annahme an Kindesstatt vorliegen müssen.¹¹⁾

Vereinzelte Konsequenzen aus dem Grundsatz des § 1757 enthalten die §§ 11,¹²⁾ 1306 Abs. 1¹³⁾ und 1311¹⁴⁾ des Gesetzes.

¹⁰⁾ Mot. S. 980.

¹¹⁾ Mot. S. 981.

¹²⁾ Ein eheliches Kind teilt den Wohnsitz des Vaters, ein uneheliches Kind den Wohnsitz der Mutter, ein an Kindesstatt angenommenes Kind den Wohnsitz des Annehmenden. Das Kind behält den Wohnsitz, bis es ihn rechtsgültig aufhebt. Eine erst nach dem Eintritte der Volljährigkeit des Kindes erfolgende Legitimation oder Annahme an Kindesstatt hat keinen Einfluß auf den Wohnsitz des Kindes.

¹³⁾ Einem an Kindesstatt angenommenen Kinde gegenüber steht die Einwilligung zur Eingehung einer Ehe an Stelle der leiblichen Eltern demjenigen zu, welcher das Kind angenommen hat. Hat ein Ehepaar das Kind gemeinschaftlich, oder hat ein Ehegatte das Kind des anderen Ehegatten angenommen, so finden die Vorschriften des § 1305 Abs. 1 Satz 1, 2, Abs. 2 Anwendung.

¹⁴⁾ Wer einen Anderen an Kindesstatt angenommen hat, darf mit

§ 1758¹⁵⁾ enthält die Vorschriften über den von dem Angenommenen zu führenden Namen. Dieser § stimmt im Allgemeinen mit § 1622 des I.,¹⁶⁾ wörtlich mit den §§ 1642 des II. und 1734 des III. Entwurfs überein.¹⁷⁾

Im gemeinen Recht erhält das voll adoptierte Kind Namen und Stand des Adoptivvaters,¹⁸⁾ den Stand jedoch nur, wenn er dadurch keinen geringeren Stand erhält (l 35 D. 1,7).¹⁹⁾ Nach preussischen Landrecht erhält der Angenommene in gleicher Weise wie ein leiblicher Nachkomme den Namen und den Stand des Annehmenden. Jedoch gelten besondere Bestimmungen bezüglich des Adelstitels. Der von einer Frau Angenommene erhält den Geschlechtsnamen und den Stand der Annehmenden, Namen und Stand ihres früheren Ehemannes

ihm oder dessen Abkömmlingen eine Ehe nicht eingehen, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht.

¹⁵⁾ Das Kind erhält den Familiennamen des Annehmenden. Wird das Kind von einer Frau angenommen, die in Folge ihrer Verheirathung einen anderen Namen führt, so erhält es den Familiennamen, den die Frau vor der Verheirathung geführt hat. In den Fällen des § 1757 Abs. 2 erhält das Kind den Familiennamen des Mannes. Das Kind darf dem neuen Namen seinen früheren Familiennamen hinzufügen, sofern nicht in dem Annahmevertrag ein Anderes bestimmt ist.

¹⁶⁾ Der Angenommene erhält den Familiennamen des Annehmenden und, wenn dieser eine Frau ist, welche durch Schließung der Ehe den Familiennamen des Ehemannes erhalten hat, den Familiennamen, welchen dieselbe vor Schließung der Ehe geführt hat. In den Fällen des § 1621 erhält der Angenommene den Familiennamen des Ehemannes. Der neue Name ist von dem Angenommenen unter Beifügung des bisherigen Familiennamens zu führen. Diejenigen Abkömmlinge des Angenommenen, auf welche die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt sich nicht erstrecken, behalten ihren bisherigen Familiennamen.

¹⁷⁾ Über die Verschiedenheiten zwischen dem I. und II. Entwurf bezüglich der Namensführung vergl. die Ausführungen in den Protokollen der Kommission für die 2. Lesung: S. 6301 ff.

¹⁸⁾ Windscheid II. § 524 Anm. 3.

¹⁹⁾ Per adoptionem dignitas non minuitur, sed augetur. unde Senator, et si a plebejo adoptatus est, manet Senator: similiter manet et Senatoris filius.

aber nur in Folge landesherrlicher Einwilligung.²⁰⁾ ²¹⁾ Der Angenommene kann seinen Geschlechts-Namen mit seinen Adoptiv-Namen verbinden.²²⁾

Die Normierung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist eine Konsequenz aus dem Prinzip des § 1757 in Verbindung mit § 1616²³⁾ des Gesetzes. Auf diese Art erhält der Annehmende die Möglichkeit, seinen Namen und seine Familie fortzupflanzen; ferner wird dadurch die erfolgte Annahme an Kindesstatt nach außen erkennbar gemacht. Der Angenommene hat die Möglichkeit die Zugehörigkeit zu seiner natürlichen Familie²⁴⁾ nach eigenem Belieben durch Beifügung seines früheren Namens auszudrücken, oder dies zu unterlassen; doch kann die Führung seines früheren Namens im Annahmevertrag ausgeschlossen werden. In der That lassen sich Umstände wohl denken, unter denen es im beiderseitigen Interesse liegt, daß der Name des Angenommenen dem neuen nicht beigefügt werde.

Daß der Angenommene nicht den Namen des Ehemannes der annehmenden Frau erhält, ist dadurch gerechtfertigt, daß — nach § 1763²⁵⁾ — der Angenommene zu dem Ehegatten des Annehmenden und zu der Familie des Letzteren in keinerlei rechtliche Beziehung tritt.²⁶⁾ Ist der Angenommene eine

²⁰⁾ A. L. R. II, 2 §§ 688 f.

²¹⁾ A. Erl. vom 12. Juli 1867.

²²⁾ Dernburg, Preufs. Pr.-R. III. § 63. F.-Eccius § 220. — Mot. S. 981 ff.

²³⁾ Das Kind erhält den Familiennamen des Vaters.

²⁴⁾ Vgl. § 1764.

²⁵⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich nicht auf die Verwandten des Annehmenden. Der Ehegatte des Annehmenden wird nicht mit dem Kinde, der Ehegatte des Kindes wird nicht mit dem Annehmenden verschwägert.

²⁶⁾ Im Falle mehrfacher Ehe der annehmenden Frau erhält das Kind selbstverständlich den Namen, den die Annehmende vor ihrer ersten Verehelichung geführt hat.

verheiratete oder verheiratet gewesene Frau, so erleidet durch die Annahme an Kindesstatt lediglich ihr Mädchenname eine Änderung.

Über die Frage, welchen Einfluß die Annahme an Kindesstatt auf den Stand des Angenommenen ausübe, insbesondere, ob durch die Annahme an Kindesstatt der Adel des Annehmenden auf das Kind übertragen werde, enthält das Bürgerliche Gesetzbuch keine Norm.²⁷⁾ Es entscheidet daher das Landesrecht über diese Frage.

Die nicht von den Wirkungen der Annahme an Kindesstatt betroffenen Abkömmlinge des Angenommenen behalten ihren bisherigen Familiennamen.²⁸⁾

Während die beiden nunmehr dargestellten Paragraphen die gegenseitigen Beziehungen der Vertragsteile, ihre einander entsprechenden Rechte und Pflichten regeln, stellt das Gesetz noch eine Reihe von Sätzen auf, welche lediglich den Annehmenden zu Gunsten des Angenommenen und seiner natürlichen Familie beschweren. Es sind dies die in den §§ 1759, 1760, 1761 und 1766 enthaltenen Normen.

§ 1759,²⁹⁾ dem die vollkommen gleichlautenden §§ 1624 des I., 1644 des II. und 1735 des III. Entwurfs vorangegangen sind, schließt das Erbrecht des Annehmenden aus.

Im gemeinen Recht begründet die adoptio plena ein gegenseitiges Erb- und Pflichtteilsrecht zwischen dem Adoptierenden einerseits und dem Adoptierten und seinen Nachkommen andererseits. Bei der unvollkommenen Adoption erlangt nur der Angenommene gegenüber dem Annehmenden ein Erb-, kein Pflichtteilsrecht. Die Adoption durch eine Frau hat dieselben erbrechtlichen Wirkungen wie die vollkommene Adoption.

²⁷⁾ Mot. S. 981 ff.

²⁸⁾ Ausgabe von Achilles: Anmerkung zu § 1758.

²⁹⁾ Durch die Annahme an Kindesstatt wird ein Erbrecht für den Annehmenden nicht begründet.

Falls der unmündige Arrogierter ohne genügenden Grund aus der Gewalt entlassen wird, hat er einen persönlichen Anspruch auf ein Viertel des Nachlasses des Adoptivvaters, wenn dieser vor der Mündigkeit des Arrogierten stirbt: quarta divi Pii.³⁰⁾

Nach preussischem Landrecht erlangen die Adoptiveltern kein Intestaterbrecht gegenüber dem Angenommenen, während umgekehrt dieser die Rechte eines ehelichen Kindes erlangt. Haben die Eltern des Annehmenden in die Annahme an Kindesstatt nicht eingewilligt, so behalten sie ihren Anspruch auf den Pflichtteil am Nachlaß des Annehmenden.³¹⁾ Ebenso behält die Ehefrau des Annehmenden ihr unverkürztes Erbrecht, wenn die Adoption ohne ihre Einwilligung erfolgt ist.³²⁾ ³³⁾

Im Princip stehen die neueren Gesetzgebungen auf dem Standpunkt, daß der Angenommene und seine Abkömmlinge gegenüber dem Annehmenden das Erb- und Pflichtteilsrecht ehelicher Abkömmlinge erlangen, während die Mehrzahl dem Annehmenden dem Kinde gegenüber kein Erbrecht gewährt.³⁴⁾ Die quarta divi Pii hat nur im bayerischen Landrecht Aufnahme gefunden.³⁵⁾

Daß nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Angenommenen sowie denjenigen Abkömmlingen desselben, auf welche sich die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt nach § 1762³⁶⁾ erstrecken, dasselbe Erb- und Pflichtteilsrecht

³⁰⁾ Dernburg Pand. Bd. III. §§ 135, 137. — Mot. S. 986 ff.

³¹⁾ A. L. R. II, 2 §§ 762 ff.

³²⁾ A. L. R. II, 2 § 676.

³³⁾ F.-Eccius § 220.

³⁴⁾ Mot. S. 986 ff.

³⁵⁾ I, 5 § 10 Nr. 8.

³⁶⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich auf die Abkömmlinge des Kindes. Auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandenen Abkömmling und dessen später geborene Abkömmlinge erstrecken sich die Wirkungen nur, wenn der Vertrag auch mit dem schon vorhandenen Abkömmlinge geschlossen wird.

gegenüber dem Annehmenden zusteht, wie ehelichen Abkömmlingen desselben, ergibt sich aus § 1757, und zwar steht diesen Personen dieses Recht zu, ohne daß ein Vorbehalt zu Gunsten irgend welcher Pflichtteils- oder gesetzlichen Erbrechte an dem Nachlaß des Annehmenden bestünde. Dieser Anspruch auf Seite der Angenommenen ist zur Verwirklichung des Grundsatzes, daß Familie und Name des Annehmenden in würdiger Weise fortgepflanzt werden sollen, notwendig. Ferner kann nur dadurch der Angenommene stets auf dem wirtschaftlichen Niveau erhalten werden, auf welches er durch die Annahme an Kindesstatt erhoben wurde.

Andererseits aber begründet § 1759 eine Ausnahme von dem Grundsatz des § 1757, indem er dem Annehmenden keinerlei Erb- oder Pflichtteilsrecht gegenüber den Angenommenen gewährt. Mit diesem Satze folgt das Gesetz dem Zuge der neueren Rechtsentwicklung und giebt seinem Wunsche Ausdruck, daß alle unlauteren und gewinnsüchtigen Absichten auf der Seite des Annehmenden beim Abschluß von Annahmeverträgen hintangehalten werden, daß vielmehr nur selbstlose und edle Motive den Annehmenden zu diesem Rechtsakt führen sollen. Übrigens kann diese Härte im konkreten Fall leicht im Wege letztwilliger Verfügung gemildert werden.³⁷⁾

§ 1760³⁸⁾ handelt von der dem Annehmenden auf Grund der elterlichen Gewalt zustehenden Vermögensverwaltung. Der

³⁷⁾ Mot. S. 983 ff.

³⁸⁾ Der Annehmende hat über das Vermögen des Kindes, soweit es auf Grund der elterlichen Gewalt seiner Verwaltung unterliegt, auf seine Kosten ein Verzeichnis aufzunehmen und dem Vormundschaftsgericht einzureichen; er hat das Verzeichnis mit der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit zu versehen. Ist das eingereichte Verzeichnis ungenügend, so findet die Vorschrift des § 1640 Abs. 2 Satz 1 Anwendung.

Erfüllt der Annehmende die ihm nach Abs. 1 obliegende Verpflichtung nicht, so kann ihm das Vormundschaftsgericht die Vermögens-

§ 1760 ist dem § 1623 Absatz 1, 2, 4 des I.,³⁹⁾ § 1643 Absatz 1 des II.,⁴⁰⁾ § 1736 des III.⁴¹⁾ Entwurfs gefolgt. Alle diese §§ ruhen auf dem gleichen Grundgedanken, weisen aber in ihrer Ausgestaltung zahlreiche Verschiedenheiten auf.⁴²⁾

Während das geltende — insbesondere das preussische — Recht überwiegend dem Annehmenden die Verwaltung des Vermögens des Angenommenen nicht zugesteht, ergibt sich

verwaltung entziehen. Die Entziehung kann jederzeit wieder aufgehoben werden.

9) Abs. 1. Erlangt der Annehmende die elterliche Gewalt über den Angenommenen, so ist er verpflichtet, dem Vormundschaftsgerichte ein Verzeichnis des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens des Angenommenen einzureichen. Das Vormundschaftsgericht kann außerdem die im § 1547 Abs. 1 Satz 2, 3, Abs. 2 bezeichneten weiteren Anordnungen treffen, wenn es dieselben im Interesse des Angenommenen für erforderlich erachtet. Die Vorschriften der §§ 1549 bis 1551 finden entsprechende Anwendung.

Abs. 2. Ein Gleiches gilt, wenn in den Fällen des § 1621 die Mutter des Angenommenen zur elterlichen Gewalt gelangt.

Abs. 4. Ist der Annehmende eine Frau, so finden die Vorschriften des § 1538 Abs. 1 Nr. 2, 3 und der §§ 1539 bis 1543, 1558 entsprechende Anwendung.

⁴⁰⁾ Der Annehmende hat über das Vermögen des Kindes, soweit es auf Grund der elterlichen Gewalt seiner Verwaltung unterliegt, auf seine Kosten ein Verzeichnis aufzunehmen und dem Vormundschaftsgericht einzureichen. Erfüllt er diese Verpflichtung nicht, so kann ihm das Vormundschaftsgericht die Vermögensverwaltung entziehen. Die Entziehung kann jederzeit wieder aufgehoben werden.

⁴¹⁾ Der Annehmende hat über das Vermögen des Kindes, soweit es auf Grund der elterlichen Gewalt seiner Verwaltung unterliegt, auf seine Kosten ein Verzeichnis aufzunehmen und dem Vormundschaftsgericht einzureichen. Ist das Verzeichnis ungenügend, so findet die Vorschrift des § 1644 Abs. 2 Satz 2 Anwendung.

Erfüllt der Annehmende die ihm nach Abs. 1 obliegende Verpflichtung nicht, so kann ihm das Vormundschaftsgericht die Vermögensverwaltung entziehen. Die Entziehung kann jederzeit wieder aufgehoben werden.

⁴²⁾ Näheres bezüglich der Entwürfe I. und II. s. Mot. S. 983 ff. Prot. S. 6304 ff.

aus dem Grundsatz des § 1757, daß diese in der elterlichen Gewalt enthaltene Befugnis nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Annehmenden in derselben Weise wie gegenüber ehelichen Kindern zukommt, daß insbesondere in dem Falle, wenn der Annehmende eine Frau ist, die für die elterliche Gewalt der Mutter gegebenen Bestimmungen Platz greifen.⁴³⁾

Die besonderen Bestimmungen, die nach § 1760 im Fall der Annahme an Kindesstatt für die Vermögensverwaltung des Annehmenden gelten, dienen dem Schutz des Angenommenen, der hier um so notwendiger erscheint, als die dem Annehmenden zustehenden vermögensrechtlichen Befugnisse leicht mißbraucht werden können und hier das natürliche Verhältnis, das das Kind vor seinen Eltern schützt, fehlt. Diese besonderen Kautelen, die für den Angenommenen in vermögensrechtlicher Hinsicht geschaffen sind, bilden eine Ausnahme von dem Princip des § 1757.

Im § 1760 sind dem Annehmenden allgemein dieselben Schutzmaßregeln für das Kind vorgeschrieben, wie im § 1640⁴⁴⁾ dem Vater beim Tode der Mutter. Daraus, daß § 1760 offenbar jenem § nachgebildet ist, darf wohl geschlossen werden, daß auch hier bei Haushaltsgegenständen die Angabe des

⁴³⁾ B. G. B. §§ 1626 ff.

⁴⁴⁾ Der Vater hat das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen des Kindes, welches bei dem Tode der Mutter vorhanden ist, oder dem Kinde später zufällt, zu verzeichnen und das Verzeichnis, nachdem er es mit der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit versehen hat, dem Vormundschaftsgericht einzureichen. Bei Haushaltgegenständen genügt die Angabe des Gesamtwerts.

Ist das eingereichte Verzeichnis ungenügend, so kann das Vormundschaftsgericht anordnen, daß das Verzeichnis durch eine zuständige Behörde oder durch einen zuständigen Beamten oder Notar aufgenommen wird. Die Anordnung ist für das in Folge des Todes der Mutter dem Kinde zufallende Vermögen unzulässig, wenn die Mutter sie durch letztwillige Verfügung ausgeschlossen hat.

Gesamtwerts genügt. Bei Nichterfüllung der dem Annehmenden nach Absatz 1 obliegenden Verpflichtungen kann demselben vom Vormundschaftsgericht die Vermögensverwaltung, nicht aber die Nutznießung entzogen werden. Das Gericht hat nach seinem Ermessen frei darüber zu befinden, ob, wann und weshalb es den Annehmenden wieder mit der Vermögensverwaltung betrauen will, ohne daß es hiezu einer Beschwerde-Entscheidung bedarf.⁴⁵⁾

Ebenso wie § 1760 dient auch § 1761⁴⁶⁾ dem Schutze des Kindesvermögens im Hinblick auf die dem Annehmenden zustehende Vermögensverwaltung. Dieser § entspricht dem § 1623 Absatz 3 des I.,⁴⁷⁾ und den mit dem Gesetze gleichlautenden §§ 1643 Absatz 2 des II., 1737 des III. Entwurfs. § 1761 unterscheidet sich wesentlich von dem vorhergehenden dadurch, daß er nicht eine Ausnahme von dem Princip des § 1757 statuiert, sondern eine selbstverständliche Konsequenz aus § 1757 ausdrücklich ausspricht. Denn abgesehen davon, daß das angenommene Kind mit dem Ehegatten des Annehmenden nach § 1763 Satz 2 nicht verschwägert wird, ist die rechtliche Lage — wie auch die ideelle — für das angenommene Kind bei der Verehelichung des Annehmenden dieselbe, wie für das eheliche bei der Wiederverheiratung eines Eltern-teils.⁴⁸⁾ Es würden demnach nach § 1669 und 1686⁴⁹⁾ die

⁴⁵⁾ Fischer - Henle Anm. 7 zu § 1760.

⁴⁶⁾ Will der Annehmende eine Ehe eingehen, während er die elterliche Gewalt über das Kind hat, so finden die Vorschriften der §§ 1669 bis 1671 Anwendung.

⁴⁷⁾ Will der Annehmende eine Ehe schließen, so finden, wenn er die elterliche Gewalt über das Kind hat, die Vorschriften der §§ 1548 bis 1552 entsprechende Anwendung.

⁴⁸⁾ Mot. S. 986.

⁴⁹⁾ § 1669. Will der Vater eine neue Ehe eingehen, so hat er seine Absicht dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen, auf seine Kosten ein Verzeichnis des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens einzureichen und, soweit in Ansehung dieses Vermögens eine Gemeinschaft zwischen

§§ 1669 bis 1671 ohnehin Platz greifen. Es gilt für den Annehmenden wie für den Elternteil des ehelichen Kindes das aufschiebende Ehehindernis des § 1314 Absatz 1.⁵⁰⁾ Naturgemäß findet § 1761 nur dann Anwendung, wenn dem Annehmenden die Vermögensverwaltung zusteht.

Wir wenden uns nunmehr der Behandlung der Frage zu, welche Unterhaltungspflichten durch die Annahme an Kindesstatt begründet werden.

Im gemeinen Rechte wird durch Arrogation, *adoptio plena*, Adoption durch eine Frau und durch *adoptio minus plena*⁵¹⁾ eine gegenseitige Unterhaltungspflicht begründet, während die neueren Gesetze in diesem Punkte einen verschiedenen Standpunkt einnehmen.⁵²⁾ Das preussische Landrecht räumt bloß dem Angenommenen gegenüber dem Annehmenden einen Unterhaltsanspruch ein, nicht aber umgekehrt.⁵²⁾

Aus dem Grundsatz des Bürgerlichen Gesetzbuchs, den § 1757 ausspricht, ergibt sich, daß für den Annehmenden und den Angenommenen, sowie dessen von der Annahme an Kindesstatt mitbetroffene Abkömmlinge, eine gegenseitige Unterhaltungspflicht nach § 1601 ff. des Gesetzes begründet ist.⁵³⁾ Daß danach auch der Annehmende gegenüber dem

ihm und dem Kinde besteht, die Auseinandersetzung herbeizuführen. Das Vormundschaftsgericht kann gestatten, daß die Auseinandersetzung erst nach der Eheschließung erfolgt.

§ 1686. Auf die elterliche Gewalt der Mutter finden die für die elterliche Gewalt des Vaters geltenden Vorschriften Anwendung, soweit sich nicht aus den §§ 1687 bis 1697 ein Anderes ergibt.

⁵⁰⁾ Wer ein eheliches Kind hat, das minderjährig ist und unter seiner Vormundschaft steht, darf eine Ehe erst eingehen, nachdem ihm das Vormundschaftsgericht ein Zeugnis darüber erteilt hat, daß er die im § 1669 bezeichneten Verpflichtungen erfüllt hat oder daß sie ihm nicht obliegen.

⁵¹⁾ Mot. S. 991 ff. Windscheid II. § 524 Anm. 8.

⁵²⁾ Mot. S. 992 f.

⁵³⁾ Mot. S. 991 ff.

Angenommenen unterhaltsberechtig ist, widerspricht allerdings dem Gedanken, der sich in § 1759 kundgiebt, daß nur der Angenommene vermögensrechtliche Vorteile erlangen soll, nicht aber dem Annehmenden solche auf Kosten des Angenommenen zugewandt werden dürfen. Außerdem kann durch diesen Satz in Verbindung mit § 1764⁵⁴⁾ der Angenommene in die mißliche Lage geraten, sowohl seinen leiblichen Eltern, als auch dem Annehmenden Unterhalt gewähren zu müssen. Andererseits aber rechtfertigen Gründe der Billigkeit und der Pietät diese Pflicht; denn der Angenommene genießt ja durch die Annahme eine Reihe großer Vorteile ideeller und materieller Natur; und das Streben des Gesetzgebers ist ja in erster Linie darauf gerichtet, ein inniges, persönliches Verhältnis zwischen beiden Teilen zu begründen.

Zwei Sätze spezieller Natur stellt für die gegenseitige Unterhaltungspflicht der § 1766⁵⁵⁾ auf. Absatz 1 desselben steht in sachlicher Übereinstimmung mit Absatz 2 des § 1627 des I.⁵⁶⁾ Entwurfs, und in wörtlicher mit Absatz 1 des § 1647 des II. und Absatz 1 des § 1742 des III. Entwurfs. Ohne die Vorschrift des Absatz 1 des § 1766 müßten die leiblichen Eltern des Angenommenen mit dem Annehmenden als dem Unterhaltsberechtigten gleich nahe stehend zu gleichen Teilen

⁵⁴⁾ Die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Verwandtschaftsverhältnisse zwischen dem Kinde und seinen Verwandten ergeben, werden durch die Annahme an Kindesstatt nicht berührt, soweit nicht das Gesetz ein Anderes vorschreibt.

⁵⁵⁾ Der Annehmende ist dem Kinde und denjenigen Abkömmlingen des Kindes, auf welche sich die Wirkungen der Annahme erstrecken, vor den leiblichen Verwandten des Kindes zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet. Der Annehmende steht im Falle des § 1611 Abs. 2 den leiblichen Verwandten der aufsteigenden Linie gleich.

⁵⁶⁾ In Ansehung der Verpflichtung, dem Angenommenen und dessen Abkömmlingen, soweit auf diese die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt sich erstrecken, den Unterhalt zu gewähren, haftet der Annehmende vor den leiblichen Verwandten des Angenommenen.

haften.⁵⁷⁾ Allein das Gesetz hat den Annehmenden vor den leiblichen Verwandten zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet, da der Annehmende meist dem Angenommenen näher steht, als seine leiblichen Verwandten, und auch eher in der Lage sein wird, dieser Pflicht zu genügen, als jene; außerdem entspricht es auch dem allgemeinen Verhältnis der §§ 1757 und 1764, von denen jener offenbar die principale Stellung einnehmen will.

Dafs in den Fällen des § 1757 Absatz 2 der Vater vor der Mutter haftet, ergibt sich aus § 1757 Absatz 2 in Verbindung mit § 1606 Absatz 2.⁵⁸⁾

Absatz 2 des § 1766 ist an die Stelle des Absatz 1 des § 1627 des I.,⁵⁹⁾ des Absatz 2 des § 1647 des II.⁶⁰⁾ und des gleichlautenden Absatz 2 des § 1742 des III. Entwurfs getreten. Alle diese Sätze stimmen darin überein, dafs sie auf dem Ausschlufs des Annehmenden vom Erbrecht gegenüber dem Angenommenen beruhen.⁶¹⁾ Nach Absatz 2 des § 1766 ist der Annehmende, der sich einer der in § 1611 Absatz 2⁶²⁾

⁵⁷⁾ §§ 1764, 1606 Abs. 1 und 2, 1757.

⁵⁸⁾ Mot. S. 993.

⁵⁹⁾ Soweit die Vorschriften über die gesetzliche Unterhaltspflicht der Verwandten ein gesetzliches Erbrecht oder ein Pflichtteilsrecht zwischen dem Bedürftigen und dem Verpflichteten voraussetzen, kommt bei Anwendung jener Vorschriften die Vorschrift des § 1624 nicht in Betracht.

⁶⁰⁾ Soweit die Vorschriften über die Unterhaltspflicht der Verwandten ein Erb- oder Pflichtteilsrecht zwischen dem Bedürftigen und dem Verpflichteten voraussetzen, gilt bei der Anwendung dieser Vorschriften der Annehmende als erb- und pflichtteilsberechtigt.

⁶¹⁾ Die citierten Sätze des I. und II. Entwurfs beziehen sich auf § 1483 Abs. 1 und § 1490 Abs. 2 Satz 1 des I. und auf § 1506 Abs. 2 Satz 1 des II. Entwurfs. Mot. S. 992 f.

⁶²⁾ Der gleichen Beschränkung unterliegt der Unterhaltsanspruch der Abkömmlinge, der Eltern und des Ehegatten, wenn sie sich einer Verfehlung schuldig machen, die den Unterhaltspflichtigen berechtigt,

bezeichneten Handlungen schuldig macht, nur berechtigt, den notdürftigen Unterhalt zu verlangen, obgleich ihm nach § 1759 kein Pflichtteilsrecht zusteht.

Wir haben nun im Einzelnen betrachtet, welche Wirkungen auf die vermögensrechtlichen und persönlichen Verhältnisse der von dem Annahmevertrag umfaßten Personen die Annahme an Kindesstatt ausübt. Wir haben gesehen, daß grundsätzlich zwischen den Vertragschließenden dasselbe Rechtsverhältnis entsteht, wie zwischen Eltern und ihren ehelichen Kindern, daß jedoch dieses Princip in mancher Richtung durchbrochen ist. Wir haben uns nunmehr der Frage zuzuwenden, ob und in welcher Weise gewisse Personen, die außerhalb des Annahmevertrages stehen, von dessen Wirkungen berührt werden.

§ 8.

2) Die Wirkungen auf gewisse dritte Personen.

Die §§ 1762 ¹⁾ und 1763 ²⁾ des Gesetzes ziehen! die Grenzen, innerhalb deren die Annahme an Kindesstatt ihre unmittelbaren Wirkungen äußert. Die einschlägigen Sätze des Gesetzes stehen in vollkommenem sachlichen und — außer

ihnen den Pflichtteil zu entziehen, sowie der Unterhaltsanspruch der Großeltern und der weiteren Voreltern, wenn ihnen gegenüber die Voraussetzungen vorliegen, unter denen Kinder berechtigt sind, ihren Eltern den Pflichtteil zu entziehen.

¹⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich auf die Abkömmlinge des Kindes. Auf einen zur Zeit des Vertragsabschlusses schon vorhandenen Abkömmling und dessen später geborene Abkömmlinge erstrecken sich die Wirkungen nur, wenn der Vertrag auch mit dem schon vorhandenen Abkömmlinge geschlossen wird.

²⁾ Die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken sich nicht auf die Verwandten des Annehmenden. Der Ehegatte des Annehmenden wird nicht mit dem Kinde, der Ehegatte des Kindes wird nicht mit dem Annehmenden verschwägert.

§ 1620 Absatz 2³⁾ des I. Entwurfs — wörtlichen Einklang mit § 1620 des I., 1640 und 1641 des II. und 1738 und 1739 des III. Entwurfs.

Gemeinrechtlich erstreckt die Adoption im weiteren Sinne ihre Wirkungen auf sämtliche Nachkommen des Kindes. Bestritten ist, ob durch arrogatio und adoptio plena das Adoptivkind für die Dauer der Adoption mit den agnatischen Verwandten des Adoptivvaters in ein Agnationsverhältnis tritt. Da jedoch im heutigen gemeinen Rechte nicht mehr die Begründung der väterlichen Gewalt, sondern die eines Eltern- und Kindesverhältnisses im Mittelpunkte der Wirkungen steht, so erscheint es konsequenter, die Frage mit Dernburg zu verneinen.⁴⁾ Durch die adoptio minus plena und durch die Adoption seitens einer Frau entsteht kein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Kinde und den Verwandten des Annehmenden.⁵⁾ Denselben Standpunkt nehmen die neueren Gesetzgebungen ein.⁶⁾

Nach preussischem Landrecht erstreckt die Annahme an Kindesstatt ihre Wirkungen auf sämtliche Abkömmlinge des Angenommenen, gleichviel, ob dieselben zur Zeit der Annahme bereits lebten, oder nicht.⁷⁾ Im Übrigen treten die Adoptierten zur Familie des Annehmenden in kein Verwandtschaftsverhältnis — auch zu den später geborenen Kindern desselben nicht, — soweit nicht in einem Familienvertrag anders bestimmt

³⁾ Der Angenommene und dessen Abkömmlinge erlangen weder die rechtliche Stellung von Verwandten der Verwandten des Annehmenden, noch die von Verschwägerten des Ehegatten des Annehmenden; der Ehegatte des Angenommenen oder eines Abkömmlings desselben erlangt nicht die rechtliche Stellung eines Verschwägerten des Annehmenden.

⁴⁾ Dernburg Pand. Bd. III. § 30. A. M. Windscheid II, § 524.

⁵⁾ Windscheid II. § 524. — Mot. S. 978 f.

⁶⁾ Mot. S. 979 f.

⁷⁾ A. L. R. II, 2 § 707.

ist.⁸⁾ Zu der nicht adoptierenden Ehefrau des Adoptivvaters entsteht ein Stiefverwandtschaftsverhältnis.⁹⁾

Dafs ¹⁰⁾ die zur Zeit des Vertragsschlusses noch nicht vorhandenen Abkömmlinge des Kindes von den Wirkungen des Annahmevertrages mit erfaßt werden, entspricht dem Zwecke der Annahme an Kindesstatt, den Namen und die Familie des Annehmenden fortzupflanzen; es ist diese Regelung die logische Konsequenz aus dem Grundsatz des § 1757, andererseits aber hiefse es tief in die individuelle Freiheit eines schon vorhandenen Abkömmlings eingreifen, wenn man kraft Gesetzes die Wirkungen der Annahme auch auf ihn ausdehnen wollte, zumal sich aus dieser nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten für ihn ergeben. Eine Milderung für diese Härte ist aber durch § 1750 Satz 2 gegeben, indem der Angenommene unter Umständen als sein gesetzlicher Vertreter den Annahmevertrag für ihn schließen kann. Unter Abkömmlingen im Sinne des § 1762 sind auch die unehelichen Kinder der angenommenen Frau zu verstehen.¹¹⁾ Für die Frage, ob ein Abkömmling als vorhanden anzusehen ist, ist der Zeitpunkt des Vertragsschlusses, nicht der der Bestätigung maßgebend.

Nach § 1763 Satz 1 tritt das Kind in kein Verwandtschaftsverhältnis zu den Verwandten des Annehmenden, auch nicht zu dessen Kindern oder etwaigen Adoptivkindern. Es enthält dieser Satz eine Einschränkung des in § 1757 enthaltenen Grundsatzes. Diese Ausnahme wurde jedoch statuiert, um den modernen Anschauungen Rechnung zu tragen, und nicht über den Zweck der Annahme und über das Bedürfnis

⁸⁾ A. L. R. II, 2 § 708 ff.

⁹⁾ A. L. R. II, 2 §§ 686, 687.

¹⁰⁾ Mot. S. 978 ff.

¹¹⁾ § 1705.

hinauszufragen. Das Kind bleibt in seiner Familie (§ 1764¹²). Durch den Satz 1 des § 1763 sind jedoch mittelbare Wirkungen, die sich z. B. in erbrechtlicher Hinsicht durch die Annahme an Kindesstatt für die Verwandten des Annehmenden ergeben, nicht ausgeschlossen. — Eine weitere Ausnahme von dem Princip des § 1757 statuirt ferner Satz 2 des § 1763, indem er die Verschwägerung des Ehegatten des Annehmenden mit dem Kinde, und des Ehegatten des Kindes mit dem Annehmenden ausschließt. Auch hier hat sich der Gesetzgeber von der Absicht leiten lassen, die Wirkungen der Annahme nicht weiter auszudehnen, als es vom Bedürfnis des praktischen Lebens gefordert wird.

Wenn wir die Wirkungen, mit denen das Gesetz die Annahme an Kindesstatt ausgestattet hat, und den Kreis, auf den er diese Wirkungen erstreckt hat, ihrem Umfange nach betrachten, so zeigt sich, daß er jene möglichst intensiv zu gestalten, diesen aber in möglichst engen Schranken zu halten bestrebt war.

Wie das Kind nach § 1763 nicht in die Familie des Annehmenden eintritt, so tritt es aus seiner natürlichen Familie nach § 1764 nicht heraus. § 1757 und § 1764 enthalten die grundlegenden Sätze für die rechtliche Lage des Angenommenen. Wenn auch das Kind durch seine Annahme in eine ganz neue Rechts- und Gesellschaftssphäre eintritt, so wird ihm doch der Boden, auf dem es sich bisher bewegt hat, und mit dem es meist eng verwachsen ist, nicht entzogen. Es bleiben ihm die Pflichten und Rechte, die auf der natürlichen Verwandtschaft beruhen, erhalten. In diesem Satze liegt eine Einschränkung des in § 1757 zum Ausdrucke gelangten Prin-

¹²) Die Rechte und Pflichten, die sich aus dem Verwandtschaftsverhältnisse zwischen dem Kinde und seinen Verwandten ergeben, werden durch die Annahme an Kindesstatt nicht berührt, soweit nicht das Gesetz ein Anderes vorschreibt.

cips. Freilich ist auch der Grundsatz des § 1764 nicht mit ausnahmsloser Schärfe durchgeführt.

§ 1764 ist an die Stelle der ihm inhaltlich vollkommen gleichen §§ 1625 des I., 1645 des II. und 1740 des III. Entwurfs getreten.

Was die Beantwortung unserer Frage im gemeinen Rechte anlangt, so steht auch dieses auf dem Standpunkte, daß im Allgemeinen die Beziehungen des Angenommenen zu seiner natürlichen Familie aufrecht erhalten bleiben. Während bezüglich der adoptio minus plena und der Adoption durch eine Frau in dieser Richtung kein Streit besteht, fragt es sich, ob durch arrogatio und adoptio plena nicht die erbrechtlichen Beziehungen zwischen dem Angenommenen und seinen natürlichen Verwandten beeinflusst werden. Während Windscheid lehrt, daß das Kind durch die vollkommene Adoption in die Agnatenfamilie des Annehmenden hinübertritt, nimmt Dernburg mit Recht an, daß diese Wirkung mit der heutigen Auffassung vom Wesen der Adoption im Widerspruche stehe, und daß somit die auf dem natürlichen Verwandtschaftsverhältnis beruhenden Beziehungen, insbesondere auch das gegenseitige Erbrecht, aufrecht erhalten bleiben.¹³⁾

Nach preussischem Landrecht tritt das Kind nicht aus seiner Familie heraus; es bleiben zwischen ihm und seinen leiblichen Verwandten die auf dem natürlichen Verwandtschaftsverhältnis beruhenden Rechte und Pflichten bestehen, soweit sie mit der Adoption vereinbar sind. Keinesfalls kann durch Vertrag mit dem minderjährigen Kinde dessen Anspruch auf den Pflichtteil vom Nachlaß der natürlichen Eltern wirksam ausgeschlossen werden.¹⁴⁾

¹³⁾ Windscheid II, § 524. Dernburg Pand. III, §§ 30, 135. Mot. S. 989.

¹⁴⁾ A. L. R. II, 2 §§ 712, 706.

Auch die übrigen neueren Gesetze stehen auf demselben Standpunkt wie das Bürgerliche Gesetzbuch.¹⁵⁾

Die Norm des § 1764 beruht¹⁵⁾ auf dem doppelten Gesichtspunkte, daß einerseits das materielle und ideelle Interesse des Kindes möglichst gewahrt werden, daß ihm insbesondere keine Nachteile aus der Annahme erwachsen sollen, und daß andererseits das künstliche Rechtsgebilde der Annahme an Kindesstatt die natürlichen familienrechtlichen Beziehungen möglichst wenig beeinträchtigen soll. Ihre Wirkungen äußert diese Norm namentlich auf erbrechtlichem Gebiet. Die Ausnahmen, auf die der § verweist, sind — abgesehen von den im Adoptionsrecht selbst enthaltenen — niedergelegt in den §§ 1306 Absatz 1, 1776 Absatz 2 und § 1899 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Eine Ausnahme von § 1764 enthält der § 1765¹⁶⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Mit Letzterem stimmt im Grundgedanken § 1626 des I.,¹⁷⁾ wörtlich die §§ 1646 des II. und 1741 des III. Entwurfs überein.

Nach gemeinem Recht verliert der leibliche Vater durch Hingabe des Kindes in volle Adoption für immer die väter-

¹⁵⁾ Mot. S. 989.

¹⁶⁾ Mit der Annahme an Kindesstatt verlieren die leiblichen Eltern die elterliche Gewalt über das Kind, die uneheliche Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen. Hat der Vater oder die Mutter dem Kinde Unterhalt zu gewähren, so treten das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, wieder ein, wenn die elterliche Gewalt des Annehmenden endigt, oder wenn sie wegen Geschäftsunfähigkeit des Annehmenden oder nach § 1677 ruht. Das Recht zur Vertretung des Kindes tritt nicht wieder ein.

¹⁷⁾ Der leibliche Vater und die leibliche Mutter verlieren die elterliche Gewalt über den Angenommenen. Sie erlangen dieselbe auch dann nicht, wenn die elterliche Gewalt des Annehmenden beendet oder auf die elterliche Nutznießung beschränkt, oder wenn die Annahme an Kindesstatt aufgehoben ist. Das Gleiche gilt von der Pflicht und dem Rechte der leiblichen Mutter, für die Person des Kindes zu sorgen.

liche Gewalt. Ebenso geht den leiblichen Eltern bei allen Arten der Adoption das Erziehungsrecht verloren. Dieses Recht fällt jedoch an die leiblichen Eltern zurück, wenn des Annehmenden väterliche Gewalt durch seinen Tod erlischt, oder dieser die Fähigkeit verliert, das Erziehungsrecht auszuüben. Hebt der Annehmende das Adoptionsverhältnis durch Emancipation auf, so verbleibt ihm das Erziehungsrecht.¹⁸⁾

Nach preussischem Landrecht erlischt die Gewalt des leiblichen Vaters mit der Adoption. Er verliert dauernd den Nießbrauch am Kindesvermögen. Solange das Kind minderjährig ist, steht ihm die Verwaltung dieses Vermögens zu. Er kann die Erziehungsgewalt nicht ausüben, solange dieselbe nach Allgemeinen Landrecht II, 2 §§ 681, 690 dem Annehmenden zusteht. Darüber, ob dieselbe von den leiblichen Eltern wieder ausgeübt werden kann, wenn der Annehmende sie nicht mehr hat, bestimmt das Gesetz nichts.¹⁹⁾ Wird die Adoption durch Vertrag aufgehoben, so kehrt das Kind nicht in die väterliche Gewalt seines natürlichen Vaters zurück.²⁰⁾

Wenn wir nunmehr den Inhalt des § 1765 betrachten,²¹⁾ so haben wir uns zunächst zu vergegenwärtigen, daß der Gesetzgeber nur den Fall vor Augen hatte, daß das Kind nur zu einer von den leiblichen Eltern verschiedenen Person in das rechtliche Verhältnis eines ehelichen Kindes tritt; es finden diese Bestimmungen daher keine Anwendung, wenn die uneheliche Mutter ihr Kind, oder wenn ein Ehegatte das des andern annimmt.

Der Satz, daß die leiblichen Eltern die elterliche Gewalt über das Kind, die uneheliche Mutter das Recht und die Pflicht,

¹⁸⁾ Windscheid II, §§ 524, 525. Mot. S. 990.

¹⁹⁾ Dernburg: Preufs. Pr.-R. III. § 63. — F.-Eccius IV. § 220. — Mot. S. 990.

²⁰⁾ A. L. R. II, 2 § 715.

²¹⁾ Vgl. Mot. S. 990 f.

für die Person des Kindes zu sorgen, dauernd verlieren, beruht auf dem Gedanken, daß durch die Annahme das Kind seinen leiblichen Eltern meist völlig entfremdet sein und einer anderen sozialen Sphäre angehören wird, so daß ein Aufleben jener alten Beziehungen mit den thatsächlich gewordenen Verhältnissen im Allgemeinen unvereinbar wäre. Das Gesetz nimmt aber an, daß diese Voraussetzungen dann meist nicht zutreffen werden, wenn Vater oder Mutter dem Kinde Unterhalt zu gewähren haben; deshalb läßt Absatz 2 das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen, unter den dort bezeichneten Voraussetzungen wieder aufleben.²²⁾

Wie die elterliche Gewalt und Recht und Pflicht der unehelichen Mutter, für die Person des Kindes zu sorgen, so fällt auch die elterliche Ehebewilligung nicht mehr an die leiblichen Eltern zurück, wenn das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis aufgehoben wird: § 1306 Absatz 2.²³⁾

§ 9.

3) Die vertragsmäßige Beschränkung der Wirkungen.

Wir haben nun im Einzelnen gesehen, innerhalb welcher Grenzen die Annahme an Kindesstatt ihre unmittelbaren Wirkungen übt, worin diese Letzteren bestehen, und in welcher Weise das zwischen dem Angenommenen und seiner natürlichen Familie bestehende Rechtsverhältnis beeinflusst wird.

Wir wenden uns nun der Frage zu, wieweit das Gesetz gegenüber diesen kraft Gesetzes eintretenden Folgen dem

²²⁾ Näheres: s. Protokolle S. 6307 ff.

²³⁾ Die leiblichen Eltern erlangen das Recht zur Einwilligung auch dann nicht wieder, wenn das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis aufgehoben wird.

Privatwillen der Vertragschließenden freie Bethätigung gestattet, wieweit also diese Normen absolutes, wieweit sie dispositives Recht enthalten.

§ 1767¹⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuchs stellt den Grundsatz auf, daß die gesetzlichen Wirkungen der Annahme an Kindesstatt im Allgemeinen in dem Annahmevertrage nicht abgeändert werden können; doch läßt Absatz 1 in zwei bestimmten Fällen die Möglichkeit einer solchen Änderung offen. Sachlich stimmt dieser § mit § 1628 des I., ²⁾ und § 1648 des II., ³⁾ wörtlich mit § 1743 des III. Entwurfs überein.

Das preussische Landrecht läßt eine abweichende Regelung der Wirkungen der Annahme an Kindesstatt zu; doch ist eine solche bezüglich der persönlichen Verhältnisse insoweit unzulässig, als dadurch das Wesentliche des Geschäfts berührt wird. Was als wesentlich zu erachten sei, bestimmt das Gesetz nicht näher. Sollen die gesetzlichen Wirkungen auf vermögensrechtlichem Gebiet geändert werden, so hat das Vormundschaftsgericht, falls das Kind minderjährig ist, mit Sorgfalt die Zuträglichkeit dieser Änderungen für das Kind zu

¹⁾ In dem Annahmevertrage kann die Nutznießung des Annehmenden an dem Vermögen des Kindes, sowie das Erbrecht des Kindes dem Annehmenden gegenüber ausgeschlossen werden. Im Übrigen können die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt in dem Annahmevertrage nicht geändert werden.

²⁾ Im Annahmevertrage kann bestimmt werden, daß dem Annehmenden die elterliche Nutznießung an dem Vermögen des Angenommenen, und daß dem letzteren ein Erbrecht oder ein Pflichtteilsrecht gegenüber dem Annehmenden nicht zustehen solle. Im Übrigen können die gesetzlichen Wirkungen der Annahme an Kindesstatt im Annahmevertrage nicht geändert werden.

³⁾ In dem Annahmevertrage kann die Nutznießung des Annehmenden am Vermögen des Kindes sowie das Erbrecht des Kindes dem Annehmenden gegenüber ausgeschlossen werden. Im Übrigen können, vorbehaltlich der Vorschrift des § 1642 Abs. 2, die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt in dem Annahmevertrage nicht geändert werden.

prüfen. Ein Vertrag, durch welchen dem Kind das Pflichtteilsrecht gegenüber den leiblichen Eltern entzogen wird, kann nur mit einem Volljährigen geschlossen werden.⁴⁾ Eine besondere Vorschrift bezüglich des Adelstitels enthält Anhang § 102.

§ 1767⁵⁾ ist dem Grundsatz gefolgt, daß Änderungen der gesetzlichen Folgen nur soweit zugelassen werden sollen, als dadurch der Charakter und der Zweck der Annahme an Kindesstatt, ein dem natürlichen Eltern- und Kindes-Verhältnisse nachgebildetes Rechtsinstitut zu schaffen, nicht beeinträchtigt werden. Es ist demzufolge das ganze Gebiet der persönlichen Wirkungen der Parteiwillkür entzogen. Aber auch auf vermögensrechtlichem Gebiete kann sich der Privatwille nur insoweit frei bethätigen, als dies innerhalb des natürlichen Eltern- und Kindesverhältnisses möglich ist, sei es durch Vertrag oder durch einseitige Verfügung. Es kann daher nur — entsprechend dem § 1662⁶⁾ — die Nutznießung des Annehmenden am Kindesvermögen, und — entsprechend dem § 2346⁷⁾ — das Erb- und Pflichtteilsrecht des Kindes gegenüber dem Annehmenden ausgeschlossen werden. Nicht aber ist dies möglich bezüglich der Vermögensverwaltung des Annehmenden; auch kann für den Annehmenden kein Erbrecht entgegen dem § 1759 auf diesem Wege begründet werden.

⁴⁾ A. L. R. II, 2 §§ 703 — 706.

⁵⁾ Mot. S. 994 ff.

⁶⁾ Der Vater kann auf die Nutznießung verzichten. Der Verzicht erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Vormundschaftsgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.

⁷⁾ Verwandte sowie der Ehegatte des Erblassers können durch Vertrag mit dem Erblasser auf ihr gesetzliches Erbrecht verzichten. Der Verzichtende ist von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen, wie wenn er zur Zeit des Erbfalles nicht mehr lebte; er hat kein Pflichtteilsrecht. Der Verzicht kann auf das Pflichtteilsrecht beschränkt werden.

Der Angenommene hat jedoch die Möglichkeit, dem Annehmenden im Wege des Erbvertrags⁸⁾ ein solches zu verschaffen.

Durch § 1767 wird blofs die Möglichkeit ausgeschlossen, im Annahmevertrag die gesetzlichen Folgen der Annahme an Kindesstatt — abgesehen von gewissen Ausnahmen — abzuändern. Vereinbarungen, die auferhalb dieses Vertrags über vermögensrechtliche Beziehungen zwischen dem Anzunehmenden und seinen leiblichen Verwandten getroffen werden, sowie solche, durch welche nachträglich die gesetzlichen Wirkungen von den Beteiligten geändert werden, werden von dem Verbot des § 1767 nicht erfaßt; Vereinbarungen der letztgenannten Art sind aus dem Princip des § 1757 zu beurteilen. Soweit solche zwischen leiblichen Eltern und ihren Kindern möglich sind, sind sie auch im Adoptivverhältnis zulässig.

Die Frage, welchen Einfluß unerlaubte Abweichungen im Annahmevertrage auf die Wirksamkeit der Annahme haben, wenn das Gericht trotzdem seine Bestätigung erteilt hat, ist nach allgemeinen Sätzen, insbesondere nach § 134 und § 139⁹⁾ zu beantworten. Es kommt hiebei in Betracht, daß die gerichtliche Bestätigung nicht konstitutive, sondern lediglich deklaratorische Bedeutung hat. Die Bestätigung ist zu versagen, wenn etwa gegen § 1767 Absatz 2 verstofsen ist.

Eine weitere Möglichkeit, eine gesetzliche Wirkung der Annahme an Kindesstatt abzuändern, statuirt bezüglich des Namensrechts § 1758 Absatz 2.

⁸⁾ §§ 1941, 2274 ff.

⁹⁾ § 134. Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergibt.

§ 139. Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde.

Nachdem wir die Voraussetzungen und die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erörtert haben, wenden wir uns im letzten Teile der Aufhebung des durch die Annahme an Kindesstatt geschaffenen Rechtsverhältnisses zu. Wie die Annahme an Kindesstatt auf künstlichem Wege ins Leben gerufen wird, so kann sie auch auf künstlichem Wege wieder beseitigt werden. Während sie aber nur durch Vertrag begründet werden kann, kennt das Bürgerliche Gesetzbuch noch einen weiteren Beendigungsgrund, nämlich die Eheschließung.

III. Die Aufhebung.

Wenn wir die Aufhebung des durch die Annahme an Kindesstatt geschaffenen Rechtsverhältnisses ins Auge fassen, so betrachten wir:

- 1) die Aufhebung durch Vertrag;
- 2) die Aufhebung durch Eheschließung;
- 3) die Wirkungen der Aufhebung.

§ 10.

1) Die Aufhebung durch Vertrag.

Die Aufhebung durch Vertrag regeln nach der Seite der Voraussetzungen die §§ 1768, 1769 und 1770¹⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Inhaltlich enthalten die gleichen Sätze die §§ 1629 des I., wörtlich 1649, 1650 und 1651 des II., 1744, 1745 und 1746 des III. Entwurfs.

¹⁾ § 1768. Das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis kann wieder aufgehoben werden. Die Aufhebung kann nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung erfolgen. Die Aufhebung erfolgt durch Vertrag zwischen dem Annehmenden, dem Kinde und denjenigen Abkömmlingen des Kindes, auf welche sich die Wirkungen der Annahme erstrecken. Hat ein Ehepaar gemeinschaftlich ein Kind angenommen, oder hat ein Ehegatte ein Kind des anderen Ehe-

Nach gemeinem Rechte kann das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis durch Emancipation aufgehoben werden. Dieselbe erfolgt entweder durch eine Erklärung des Vaters bei Gericht in Gegenwart des nicht widersprechenden Kindes, oder durch landesherrliches Reskript auf Antrag des Vaters; hier muß das Kind, wenn es nicht noch im Kindesalter sich befindet, seine Zustimmung nachträglich bei Gericht erklären. Vater und Kind haben unter gewissen Voraussetzungen einen Anspruch auf die Emancipation.²⁾

Nach preussischem Landrecht kann das Adoptionsverhältnis mit Zustimmung aller Beteiligten durch schriftlichen, gerichtlich zu bestätigenden Vertrag aufgehoben werden. Dadurch erlischt die ganze Wirkung der Annahme, abgesehen davon, daß das Kind nicht in die väterliche Gewalt seines natürlichen Vaters zurückkehrt.³⁾

Aus ⁴⁾ dem Grundsatz des § 1757 würde sich mangels einer entgegenstehenden Bestimmung ergeben, daß das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis ebenso wenig wie das natürliche Eltern- und Kindesverhältnis durch Vertrag aufgehoben werden kann. Das Gesetz hat jedoch diese Ausnahme von jenem Princip statuirt, um dem Bedürfnisse des praktischen Lebens gerecht zu werden. Die Rücksicht auf die Wichtigkeit und die höchst persönlichen

gatten angenommen, so ist zu der Aufhebung die Mitwirkung beider Ehegatten erforderlich.

§ 1769. Nach dem Tode des Kindes können die übrigen Beteiligten das zwischen ihnen bestehende Rechtsverhältnis durch Vertrag aufheben. Das Gleiche gilt in den Fällen des § 1757 Abs. 2 nach dem Tode eines der beiden Ehegatten.

§ 1770. Die für die Annahme an Kindesstatt geltenden Vorschriften des § 1741 Satz 2 und der §§ 1750, 1751, 1753 bis 1755 gelten auch für die Aufhebung.

²⁾ Dernburg Pand. III, § 31. Windscheid II, § 525.

³⁾ A. L. R. II, 2 §§ 714 — 716.

⁴⁾ Mot. S. 997 ff.

Wirkungen der Aufhebung, überhaupt die der Begründung der Annahme an Kindesstatt analogen Verhältnisse, haben den Gesetzgeber dazu geführt, die für jene geltenden Sätze in entsprechender Weise auf diese zu übertragen; auch war für diese Regelung die Rücksicht auf die Einheitlichkeit und Einfachheit des Gesetzes maßgebend.

Der Einheitlichkeit des Rechtsverhältnisses entsprechend ist die vertragsmäßige Aufhebung nur durch das Zusammenwirken aller von demselben Umfaßten möglich. Es müssen sich demnach an dem Aufhebungsvertrage außer dem Angenommenen und dem Annehmenden auch alle zur Zeit der Schließung des Aufhebungsvertrages vorhandenen Abkömmlinge des Ersteren beteiligen, auf welche sich die Wirkungen der Annahme erstrecken.

Der durch die Annahme geschaffenen Rechtslage entspricht es, daß im Falle des § 1757 Absatz 2 die Mitwirkung beider Ehegatten gefordert wird. Ist der Angenommene oder einer der Ehegatten, oder sind diese Beiden gestorben, so können die übrigen Beteiligten das zwischen ihnen bestehende Rechtsverhältnis durch Vertrag aufheben. Wird das Verhältnis nach dem Tode des einen Ehegatten aufgehoben, so bleibt das zwischen dem anderen und dem Angenommenen und dessen Abkömmlingen entstandene davon unberührt.

Durch den Tod des Annehmenden wird das Verhältnis nicht aufgehoben; vielmehr hat dieser im Gegenteil zur Folge, daß nun das zwischen ihm und dem Angenommenen und dessen Abkömmlingen geschaffene Verhältnis nicht mehr beseitigt werden kann. Nunmehr wird das Erbrecht gegenüber dem Verstorbenen wirksam, und die Annahme beginnt ihren Zweck insofern zu erfüllen, als jetzt Name und Familie des Annehmenden in den Angenommenen fortlebt.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die nach § 1770 erforderliche gerichtliche Bestätigung auch in den Fällen des

§ 1769 notwendig ist. Wenn § 1770 auf § 1753 verweist, so hat das die Bedeutung, daß ein von dem Kinde geschlossener Aufhebungsvertrag, wenn dasselbe vor der Bestätigung stirbt, nicht mehr bestätigt werden kann; sowie daß die Bestätigung eines von dem Annehmenden geschlossenen Aufhebungsvertrags, wenn dieser die Bestätigung nicht erlebt, nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist, und zwar mit der Wirkung, als wenn die Bestätigung vor seinem Tode erfolgt wäre. Diese Verweisung hat ferner die Bedeutung, daß diese Sätze für sämtliche an dem Aufhebungsvertrage Beteiligten zur Anwendung kommen. Daß auch in den Fällen des § 1769 die gerichtliche Bestätigung notwendig ist, ergibt sich aus dem Hinweis auf § 1741 Satz 2; daß sie erfolgen kann, aus § 1769 selbst; denn die Bedeutung des § 1753 ist eben die, daß in bestimmten Fällen der Vertrag nicht mehr zur Wirksamkeit kommen kann. Es ist demnach die in der Ausgabe von Fischer-Henle (Anmerkung 3 zu § 1770 Satz 2) aufgestellte Behauptung, daß der Vertrag nach § 1769 nicht der Bestätigung unterliege, unhaltbar.

§ 11.

2) Die Aufhebung durch Eheschließung.

Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt nicht nur die vertragsmäßige Aufhebung der Annahme an Kindesstatt, zu welcher alle Beteiligten zusammenwirken müssen, und von welcher diese Alle betroffen werden. Es kennt auch eine Aufhebung, welche sich durch zwei Personen vollzieht und nur zwischen diesen wirksam ist: nämlich durch die Eheschließung.

Die Frage, welchen Einfluß die Eheschließung zweier durch Annahme an Kindesstatt verbundener Personen auf das durch die Annahme zwischen ihnen begründete Rechtsver-

hältnis übt, entscheidet der § 1771¹⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Inhaltlich enthält dieselben Sätze § 1631 des I.,²⁾ wörtlich § 1653 des II. und § 1747 des III. Entwurfs.

Das preussische Landrecht bestimmt bezüglich dieser Frage, daß, wenn die wegen Adoption anfechtbare Ehe gültig wird, das Adoptionsverhältnis erlischt; daß dagegen, falls die Ehe vernichtet wird, der Annehmende alle Rechte aus der Adoption verliert, die Angenommene alle Rechte behält.³⁾

§ 1311⁴⁾ des Bürgerlichen Gesetzbuchs begründet ein aufschiebendes Ehehindernis, welches umfassender ist, als das in § 33 Ziffer 4⁵⁾ des Gesetzes vom 6. Februar 1875 enthaltene, da jenes auch die Eheschließung zwischen dem Annehmenden und den Abkömmlingen des Angenommenen —

¹⁾ Schließen Personen, die durch Annahme an Kindesstatt verbunden sind, der Vorschrift des § 1311 zuwider eine Ehe, so tritt mit der Eheschließung die Aufhebung des durch die Annahme zwischen ihnen begründeten Rechtsverhältnisses ein. Ist die Ehe nichtig, so wird, wenn dem einen Ehegatten die elterliche Gewalt über den anderen zusteht, diese mit der Eheschließung verwirkt. Die Verwirkung tritt nicht ein, wenn die Nichtigkeit der Ehe auf einem Formmangel beruht, und die Ehe nicht in das Heiratsregister eingetragen worden ist.

²⁾ Wenn Personen, welche durch Annahme an Kindesstatt verbunden sind, eine gegen das Verbot des § 1240 verstößende Ehe schließen, so tritt mit Schließung der Ehe die Aufhebung des durch die Annahme an Kindesstatt zwischen ihnen begründeten Verhältnisses kraft des Gesetzes ein. Ist die Ehe aus einem anderen Grunde als wegen eines Formmangels bei der Eheschließung nichtig, so wird die dem einen Ehegatten über den anderen Ehegatten etwa zustehende elterliche Gewalt mit Schließung der Ehe verwirkt. Das Gleiche gilt, wenn die Ehe anfechtbar ist und angefochten wird.

³⁾ Dernburg, Preufs. Priv. - R. III, § 63. — F.-Eccins §§ 203, 210. A. L. R. II, 1 §§ 985—988.

⁴⁾ Wer einen Anderen an Kindesstatt angenommen hat, darf mit ihm oder dessen Abkömmlingen eine Ehe nicht eingehen, solange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht.

⁵⁾ Die Ehe ist verboten: . . . 4) zwischen Personen, deren eine die andere an Kindesstatt angenommen hat, so lange dieses Rechtsverhältnis besteht.

mag sich auf diese die Annahme an Kindesstatt erstrecken oder nicht — verbietet. Schließen zwei durch Annahme an Kindesstatt mit einander verbundene Personen trotz dieses Verbotes eine Ehe, so erlischt das zwischen ihnen infolge der Annahme an Kindesstatt bestehende Rechtsverhältnis kraft Gesetzes. Ist diese Ehe jedoch nichtig, so bleibt dieses Verhältnis aufrecht erhalten; allein die dem einen Ehegatten über den anderen etwa zustehende elterliche Gewalt geht jenem mit der Eheschließung verloren; Letzteres geschieht nur dann nicht, wenn die Nichtigkeit der Ehe auf einem Formmangel beruht und die Ehe nicht in das Heiratsregister eingetragen ist.

Diese Sätze sind innerlich wohl begründet.⁶⁾ Wird eine derartige Ehe geschlossen, so treffen bei den Eheschließenden das Annahmeverhältnis und die ehelichen Rechte und Pflichten zusammen. Beide Beziehungen können aber nicht neben einander bestehen. Da nun das Ehehindernis des § 1311 nur ein aufschiebendes ist, so muß das Annahmeverhältnis zurücktreten. Es darf jedoch durch diesen Rechtsakt nur das zwischen den Ehegatten bestehende Verhältnis berührt werden; eine weitergehende Wirkung würde die aus der Annahme an Kindesstatt abgeleiteten Rechte dritter Personen in ungerechtfertigter Weise beeinträchtigen. Wenn der Gesetzgeber ferner bestimmt, daß bei der nicht auf einem Formmangel beruhenden Nichtigkeit der Ehe die elterliche Gewalt des einen Ehegatten mit der Eheschließung erlischt, so geht er von dem richtigen Gedanken aus, daß die sittliche Grundlage für eine zweckentsprechende Ausübung dieser Gewalt zerstört ist, dem Kinde aber Gefahren durch deren Handhabung drohen könnten.

Die Nichtigkeit im Sinne des § 1771 Absatz 2 umfaßt auch die Nichtigkeit, welche auf Anfechtbarkeit beruht.⁷⁾ Die

⁶⁾ Vgl. Mot. S. 1001 f.

⁷⁾ § 1343 Abs. 1.

Unterscheidung des § 1771 Absatz 2 beruht auf dem Unterschied zwischen formeller Nichtigkeit einerseits, und materieller Nichtigkeit und Anfechtbarkeit einer Ehe andererseits. Während jene ohne Weiteres zu beachten ist, ist in den Fällen, in welchen die Nichtigkeit der Ehe auf keinem Formmangel beruht, oder die wegen eines solchen nichtige Ehe in das Heiratsregister eingetragen worden ist, oder in welchen die Ehe anfechtbar ist, die Nichtigkeit, so lange nicht die Ehe aufgelöst ist, durch Erhebung einer Klage geltend zu machen. Dann aber ist die Ehe in allen Fällen als von Anfang an nichtig anzusehen.⁸⁾ Nur im Falle der formellen Nichtigkeit, also nur dann, wenn die Nichtigkeit der Ehe auf einem Formmangel⁹⁾ beruht, und die Ehe nicht in das Heiratsregister eingetragen ist, so daß nicht der Schein einer gültigen Ehe hervorgerufen worden ist, wird die elterliche Gewalt des Eheschließenden nicht verwirkt.

Wir haben nun gesehen, unter welchen Voraussetzungen das durch die Annahme an Kindesstatt geschaffene Rechtsverhältnis aufgehoben wird. Wir haben nun zum Schluß noch zu untersuchen, von welchen Wirkungen die Aufhebung begleitet ist.

§ 12.

3) Die Wirkungen der Aufhebung.

Durch die Aufhebung der Annahme an Kindesstatt tritt das durch diese geschaffene Rechtsverhältnis außer Kraft, gleichviel, ob diese Aufhebung durch Vertrag oder durch Eheschließung erfolgt. Die Annahme an Kindesstatt wird beseitigt, d. h. das durch sie zur Entstehung gebrachte künstliche Rechtsverhältnis verliert die Fähigkeit, die ihm eigentümlichen recht-

⁸⁾ §§ 1329, 1341 Abs. 1, 1343 Abs. 2.

⁹⁾ § 1724 Abs. 1.

lichen Wirkungen zu erzeugen. Die Wirkungen bestehen fort, soweit sie bereits eingetreten und unabhängig von der Existenz des sie begründenden Rechtsverhältnisses sind; denn die Aufhebung hat keine rückwirkende Kraft.

Zweifel könnten sich mangels einer besonderen Bestimmung darüber erheben, ob der Angenommene und dessen von der Annahme an Kindesstatt miterfassten Abkömmlinge berechtigt seien, nach der Aufhebung den Familiennamen des Annehmenden weiter zu führen.¹⁾ Denn man könnte das Recht und die Pflicht der Namensführung als eine bereits eingetretene Wirkung der Annahme bezeichnen, die unabhängig wäre von dem Fortbestehen des sie begründenden Rechtsverhältnisses. Andererseits aber könnte geltend gemacht werden, daß durch den Familiennamen ein familienrechtliches Verhältnis bekundet werde, mit dessen Erlöschen auch jener ipso iure in Wegfall kommen müßte. Für die Normirung im letzteren Sinne spricht auch der Vorteil, daß die Beendigung des Annahme-Verhältnisses dadurch nach außen erkennbar gemacht wird.

Das Gesetz hat diese Frage in § 1772²⁾ entschieden; dieselben Sätze enthalten die §§ 1654 des II. und 1748 des III. Entwurfs.

Das Kind und diejenigen Abkömmlinge desselben, auf welche sich die Aufhebung erstreckt, verlieren das Recht, den Familiennamen des Annehmenden zu führen. Dieser Satz gilt sowohl für die Aufhebung durch Vertrag, als auch für die durch Eheschließung. Die Angenommenen führen von nun an

¹⁾ Vgl. Prot. S. 6320 ff.

²⁾ Mit der Aufhebung der Annahme an Kindesstatt verlieren das Kind und diejenigen Abkömmlinge des Kindes, auf welche sich die Aufhebung erstreckt, das Recht, den Familiennamen des Annehmenden zu führen. Diese Vorschrift findet in den Fällen des § 1757 Abs. 2 keine Anwendung, wenn die Aufhebung nach dem Tode eines der Ehegatten erfolgt.

wieder den Namen, den sie vor der Annahme geführt haben, der ihnen — mangels einer besonderen Bestimmung im Annahmevertrag: vergl. § 1758 Absatz 2 — auch während der Dauer dieses Verhältnisses nicht entzogen war.

Die in Satz 2 des § 1772 enthaltene Vorschrift ist eine selbstverständliche Konsequenz aus § 1769. Denn nach diesem § kann nach dem Tode des einen Ehegatten nur das zwischen den Überlebenden bestehende Rechtsverhältnis aufgehoben werden. Der Angenommene trägt aber den Namen des Ehemannes, weil er als gemeinschaftliches eheliches Kind Beider gilt. Er muß ihn deshalb auch behalten, wenn die Ehefrau zur Zeit der Aufhebung nicht mehr lebt.



Scheurl von Defersdorf, Eberhard,

Die Annahme an Kindesstatt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch

Nürnberg 1897

J.germ. 3227

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11812647-6